

Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aussicht“, „Sozialistische Literatur-Anschauung“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Gruppenstraße Nr. 6 und Neue Tafelstraße 11, sowie durch alle Postträger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 3 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rml. monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,40 Rml.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangelegenheiten, Besuchs- und Wohnungsanzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das selbe Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Anverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Glänzender Verlauf des 1. Mai.

Überall riesige Beteiligung der Arbeitermassen. — Fast überall ruhiger Verlauf der Feier.

Der 1. Mai ist vorüber. Der Maiaufmarsch der Arbeiterchaft in allen Gauen Deutschlands war ein glänzender Auftakt für die kommende Abrechnung mit dem Bürgerblut. Viele Hunderttausende marschierten. Über ihnen flatterten die roten Kampffahnen der Arbeiterchaft, die Banner der Gewerkschaften, die Symbole der Solidarität, der Einheit der Arbeiterklasse. Achtundzwanzig — Friebe und Völkerverjüngung — Anteil an den Gütern der Kultur!

Stärker denn je war die Teilnahme an dieser Maifeier im Zeichen des Wahlkampfes. Es galt, dem Bürgertum die Kampfschloffenheit und den Siegeswillen der Arbeiterchaft in die Ohren zu schreien. Es galt, die Lauen und Säumigen aufzurütteln: Stobt zu uns, reißt euch ein in die Front der Arbeiterchaft des ganzen schaffenden Volkes für Kultur und Wohlfahrt aller! Mächtig ist der Ruf, der von dieser Maifeier ausgeht.

Schweigend und verbissen hat die Reaktion diese Maifeier gesehen. Wenn die Arbeit feiert, steht das Kapital mit verbissener Miene und knirschenden Zähnen abseits. Sie wollen nicht, daß der Arbeiter freie Zeit erhält, um nachzudenken, zu lernen, damit er sein Wort bei politischen Entscheidungen richtig in die Waagschale wirft! Sie wollen nicht, daß das schaffende Volk die Entscheidung über seine Geschicke selbst in die Hand nimmt. Sie wollen nicht, daß die arbeitenden Klassen aufsteigen zu einem wahrhaft kulturellen Dasein. Der Haß der Reaktion gegen die Maifeiern ist das brutale Bekenntnis, daß sie die Arbeiterchaft niederhalten will wie Knechte und Sklaven.

Hier die Arbeiterchaft, die aus eigener Kraft zusammengekehrt durch das Band der Solidarität, das Fest der Arbeit begehrt, dort die Feindschaft des Bürgerlums gegen den Schrei der Arbeiterchaft nach Aufstieg und Kultur: das ist der große Gegensatz, der in der kommenden Reichstagswahl ausgegossen wird!

Aus allen Teilen des Reiches vernimmt man die Nachricht: die Maifeier war ein gewaltiger Auftakt zu unserem Wahlerfolg. Die Begeisterung, die von ihr ausgeht, wird werbend und anfeuernd weiter wirken. Nun gilt es, den letzten Wochen des Wahlkampfes — im Zeichen der Arbeitnehmerforderungen und der Arbeitnehmersolidarität! Auf zur Arbeit für die deutsche Sozialdemokratie, die Massenpartei der deutschen Arbeitnehmerchaft!

Nach dem Maiaufmarsch der Wahlstrom vom 20. Mai! Das ganze Volk mit uns — das ist unsere Parole!

Die Feiern in Berlin.

Die Maifeier der Berliner Gewerkschaften, des ADGB, des Ufa-Bundes und des ADL, im Treptower Park war eine überaus imposante Heerzucht der Berliner Arbeiterchaft vor den Wahlen. Eine wahre Völkermärsch ergoß sich in den Vormittagsstunden durch die Berliner Arbeiterquartiere in der Richtung nach Treptow. Lange vor Beginn der Feier war die Spielwiese des Treptower Parks schwarz von Menschen und für Tausende war es ein Ding der Unmöglichkeit, zur Hörweite der Massenrede und der Redner vorzudringen. Mit den Veteranen der großen sozialistischen Kampfbewegung waren auch die Jugendlichen, die kommenden Kämpfer, mit ihren Fahnen und Standarten nach Treptow marschiert. Das farbenfrohe Bild der gewaltigen Demonstration und der Glanz der Kundgebung zeigte, daß auch für die Berliner Gewerkschaften das bekannte Wort gilt: Jeder ist so alt wie er sich fühlt.

Die Berliner Gewerkschaftsbewegung fühlt sich jung, heute jünger, frischer und kräftiger denn je. Ein Kraftstrom von Zuerst und Selbstbewußtsein strömte aus der gewaltigen Veranstaltung auf jeden Einzelnen über und das war wohl auch der Grund, warum die Masse der Arbeiter die übliche alberne Begeitumult der Kommunisten an einzelnen Punkten lächelnd und gelassen über sich ergehen ließen. Wenn Hunderttausende von organisierten Berliner Arbeitern sich auf die Beine machen und die Fahnen zur Demonstration entrollen, können einige kommunistische Marodeure der Arbeiterbewegung leicht ertragen werden.

Bei herrlichem Frühlingswetter und in glänzender Stimmung wühlte sich die gewaltige Kundemonstration der Berliner Arbeiterchaft — mächtig und würdig. Sie war ein klarer, untrübbler Stoß für die jetzt mit voller Kraft einsetzende Wahlbewegung. Die Menschenmengen auf der Treptower Spielwiese glichen einer Flutwelle, an der sich die Feinde der Republik, des sozialen Fortschritts und der sozialistischen Bewegung die Köpfe einzeln werden.

Die Feiern im Reiche.

Hamburg, 1. Mai (Eigener Drahtbericht). Im Unter-Elbegebiet war die Beteiligung an der Maifeier in diesem Jahr erheblich stärker als in den Vorjahren. In den preussischen Regierungsbezirken, wo der 1. Mai kein gesetzlicher

Feiertag ist, erfolgte der Aufmarsch der Sozialdemokratie schon vormittags. In Altona hatten alle städtischen Dienststellen geschlossen, ebenso die meisten Volkshäuser, da der Magistrat auf Antrag der Gewerkschaften Urlaub erteilt hatte. In Hamburg selbst, wo der 1. Mai gesetzlicher Feiertag ist, marschierten im Maiestzug der Sozialdemokratie und Gewerkschaften über 100 000 Teilnehmer. Im Stadtpark sprachen von 10 Tribünen die Hamburger Reichstagskandidaten zu den Massen. Der Aufmarsch, der von vier Stellen aus gleichzeitig erfolgte, dauerte 1 1/2 Stunden.

Die Kommunisten veranstalteten ihre Maifeier auf dem Heiligengeistfeld für alle Städte des Unterelbegebietes gemeinsam bei verhältnismäßig guter Beteiligung. Zu Störungen ist es weder in Hamburg noch in Altona gekommen.

Karlsruhe, 1. Mai (Eigener Drahtbericht). Die Beteiligung an der Maifeier war weitaus stärker als in den früheren Jahren. Die Belegschaften aller größeren Betriebe feierten. Am Demonstrationstzug am Vormittag nahmen mehrere tausende Feiernde teil, auch einige hundert Schulkinder, die auf Antrag der Eltern schulfrei bekommen hatten. Abends fand im Badischen Landestheater eine geschlossene Festvorstellung von Beethovens „Fidelio“ statt.

Leipzig, 1. Mai (Eigener Drahtbericht). Einen gewaltigen Auftakt zur bevorstehenden Reichstagswahl bildete die Maifeier der Sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften. Im Festzug marschierten Zehntausende. Hunderte von Transparenten wiesen auf die Reichstagswahlen und ihre Bedeutung. Am Abend fand ein großer Fackelzug statt. Die Feiern der Kommunisten waren nur schwach besucht.

Dresden, 1. Mai (Eigener Drahtbericht). Die Kundgebungen gestalteten sich in Sachsen überall äußerst eindrucksvoll. In Dresden dauerte der Aufmarsch der 200 Märsche fast zwei Stunden. Auch aus Zwickau, Weissen und anderen sächsischen Städten liegen Meldungen über eine äußerst starke Beteiligung an den Demonstrationen vor.

Darmstadt, 1. Mai (Eigener Drahtbericht). Die Maifeiern verliefen in Hessen unter starker Beteiligung der Arbeiterchaft völlig ruhig. In Darmstadt hatte das Gewerkschaftsamt zu einer öffentlichen Kundgebung aufgerufen, so daß Sozialdemokraten und Kommunisten in diesem Jahre gemeinsam demonstrierten. Störungen waren nicht zu verzeichnen.

Mannheim, 1. Mai (Eigener Drahtbericht). Die Maifeier in Mannheim hatte durch die bevorstehenden Reichstagswahlen eine starke Bewegungskraft erhalten. Der Demonstrationstzug wies eine auffallend starke Beteiligung auf. Die größeren industriellen Betriebe hatten fast alle geschlossen. Im Anschluß an den Umzug wurde im Apollotheater eine politische-faktische Revue aufgeführt.

Der Demonstrationstzug der Kommunisten fiel sowohl in Bezug auf die Beteiligung als hinsichtlich der Durchführung gegen den der SPD. stark ab.

Stuttgart, 1. Mai (Eig. Drahtbericht). In Württemberg wurde an 1. Mai die Arbeiterruhe in sehr weitem Umfange, in einigen industriellen Vororten, wie Feuerbach, nahezu geschlossen durchgeführt. In Stuttgart bewegte sich von 1 Uhr ab ein imposanter Festzug, dessen Teilnehmerzahl etwa 10 000 betrug, durch die inneren Straßen zur Stadthalle, die etwa 7000 Plätze aufweist und sehr bald überfüllt war. Die am Schluß des Festzuges marschierenden kommunistischen Organisationen mit den unter ihrem Einfluß stehenden Teilen der Metallarbeiter und der Sportler zogen sich vor der Stadthalle ab und veranstalteten auf der Straße eine kurze Sonderkundgebung.

In der Stadthalle selbst sprachen Dr. Deutsch-Wien und Dr. Breitfeld. Deutsch rühmte die deutsche Arbeiterbewegung als Vorbild für die österreichischen Parteifreunde. Am Schluß ging er auf den Anschluß Österreichs an Deutschland ein, der für beide ein gemeinsames zu erstrebendes Ziel bleiben müsse. Dr. Breitfeld knüpfte hieran an und wies auf die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen für die Verwirklichung dieses Zieles hin. Es sei aber nur bei einem geschlossenen Willen zur Beteiligung der Arbeiter an der Staatsmacht zu erreichen. Beide Reden wurden von den Demonstranten mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Frankfurt a. M., 1. Mai (Eig. Drahtbericht). Die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften in Frankfurt a. M. und Umgebung veranstalteten Maifeiern nahmen unter außerordentlich starkem Zustrom den denkbar besten Verlauf und glichen überall einer Probemobilisierung zu den bevorstehenden Wahlen. Der Besuch war weitaus stärker als an den Werttagen der Vorwoche. Die Straßen hatten sonnig-festliches Gepräge. Die Beteiligung an der Vormittagsfeier im Julius Schwann war so stark, daß Tausende und Abertausende keinen Platz fanden.

Die 10 000 Mann starke Belegschaft der Opelwerke in Rüsselsheim hatte den 1. Mai im Einverständnis mit der Direktion als Feiertag erklärt und den Betrieb geschlossen. In Höchst, dem Zentralort der S. W. Farbenindustrie, fand am Abend ein von Partei und Gewerkschaften veranstalteter Fackelzug statt, der viele Tausende von Demonstranten vereinte und einen gewaltigen Eindruck hinterließ.

Kassel, 1. Mai (Eig. Drahtbericht). In einer riesigen Kundgebung der freien Gewerkschaften Kassel sprach der Spitzenführer der SPD. für dessen Massen-

Philipp Scheidemann über die bevorstehenden Wahlen. Scheidemann ging zunächst auf die Bedeutung der Sozialpolitik ein und befaßte sich dann mit der Außenpolitik. Je länger, desto mehr sei der erste Mai auch zu einem Demonstrationstag für den Völkerriesen geworden. Die jetzige Außenpolitik sei seit Versailles zwangsläufig.

Das temperamentvolle Referat Scheidemanns wurde von den 3500 Zuhörern mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Braunschweig, 2. Mai. (Eigener Fackelbericht).

Ein gewaltiger Festzug mit vielen roten Fahnen bewegte sich am Vormittag durch die Stadt. Der Reichstagsabgeordnete Junke hielt die Festrede. Der Aufmarsch folgte geschlossen. Die Auflösung des Zuges endete mit einer weiteren Ansprache und einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie. In den Abendstunden fanden statt besuchte Veranstaltungen in den größten Sälen der Stadt statt. Die Kommunisten hielten mit den wenigen Gewerkschaften, in denen sie noch den Einfluß haben, zu Sonderdemonstrationen aufgerufen. In den Städten und Landgemeinden wurde die Maifeier meist von den Ortsauschüssen des ADGB. veranstaltet und verlief durchweg sehr gut.

Böhm, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht). Im Ruhrgebiet verliefen die Maidemonstrationen völlig ruhig. In manchen Städten störte das schlechte Wetter den äußeren Rahmen der Veranstaltungen. Die Beteiligung war jedoch trotz dem sehr reg. Sie war in einzelnen Orten sogar bei weitem größer als im Vorjahr. Auch das ist ein günstiges Vorzeichen für die Wahlen.

Die Maifeiern im Auslande.

Wien, 1. Mai (Eig. Drahtbericht). Die Wiener Maifeier gestaltete sich trotz des schlechten Wetters zu einer gewaltigen und eindrucksvollen Kundgebung. Der große Rathausplatz vermochte die anmarschierenden Massen kaum zu fassen. Mit Fanfaren, Orchester und Chören wurde die Vormittagsfeier eröffnet. Otto Bauer hielt die Festrede. Er gedachte zunächst der großen Wählerfolge, die Österreichs Sozialdemokratie in den letzten Monaten in den verschiedenen Gemeinden errungen hat und kündigte an, daß die Sozialdemokratische Partei den Kampf gegen Faschismus und Heimwehr, gegen die Schwerindustrie und für den Mieterchutz fortsetzen werde.

Der Aufmarsch der Massen vollzog sich wie der Anmarsch in vollkommener Ruhe und musterzüglicher Disziplin. Nachmittags folgte eine große Kundgebung der Arbeiterpartei. Abends wurden in den verschiedenen Bezirken künstlerische Feiern veranstaltet.

Brüssel, 1. Mai (Eig. Drahtbericht). Der 1. Mai wurde in Belgien durch Arbeiterruhe begangen. Die Feiern standen insbesondere im Zeichen des Kampfes um die Abrüstung und für den Achtundzwanzigtag. An dem gewaltigen Umzug in Brüssel beteiligten sich vor allem starke Abteilungen der Arbeiterwehr. Störungen waren nicht zu verzeichnen.

Die Kommunisten hatten auf einen Umzug verzichtet. **Sofia, 1. Mai (Eig. Drahtbericht).** Die bulgarischen Sozialisten hatten mit Rücksicht auf die Erdbebenkatastrophe von einer öffentlichen Feier abgesehen. Eine im Gewerkschaftshaus geplante interne Veranstaltung wurde von der Polizei verboten.

Amsterdam, 1. Mai (Eigener Drahtbericht). In ganz Holland wurde der 1. Mai durch große Umzüge gefeiert. Die Veranstaltungen verliefen überall eindrucksvoll.

Mexiko, 2. Mai. (Eigener Fackelbericht).

Die Maifeierlichkeiten verliefen außerordentlich eindrucksvoll. Jede Arbeit ruhte. Die Maidemonstration zählte 100 000 Teilnehmer, die an Präsidenten Palles, der vom diplomatischen Korps und den Spitzen der Behörden begleitet war, vorüberzog. Der Demonstrationstzug der Gewerkschaften wurde von der sozialistischen Stadtverwaltung geführt.

Die Maifeiern und die Reaktion.

Militärausgebot in Paris.

Paris, 1. Mai (Eigener Drahtbericht). Der Innenminister Sarraut, dessen rigorer Unterdrückungspolitik die Kommunisten bei den Wahlen einen Zuwachs von nahezu 200 000 Stimmen verdanken, scheint seine unfreiwillige Tätigkeit im Dienste der moskowitischen Propaganda fortsetzen zu wollen. Er hat der Feier des 1. Mai ein ausgesprochen militärisches Gepräge gegeben und nicht nur die gesamte Pariser Garnison aufgebieten, sondern sogar größere Regimenter von auswärts beordert. Die französische Hauptstadt blieb entschieden am Dienstag einem bewaffneten Heerlager. An allen Verkehrsnotenpunkten, namentlich in der Seitenstrasse der Boulevards und in den Arbeiterquartieren der Vorstädte, waren Polizei und republikanische Garde zu Fuß und zu Pferd in Massen konzentriert, um bei etwaigen Demonstrationsversuchen sofort eingreifen zu können.

Die Beteiligung an der Maifeier war trotz Sarraut außerordentlich hoch. Die Bauarbeiter und die Chauffeure der Autodroschen feierten geschlossen. In den übrigen Verkehrsbetrieben betrug der Personalausfall ungefähr 15 Prozent, so daß die Trambahnen, Autobusse und Untergrundbahnen den Verkehr aufrecht erhalten konnten. In der Metallindustrie der Pariser Gegend war die Arbeit zur Hälfte niedergelegt worden. Das Zeitungsgewerbe wies bei 31 700 Arbeitern und Angestellten etwa 2000 Demonstranten auf. In der Metallindustrie feierten zwei Drittel der Arbeiterchaft.

Verhaftet wurden hier Dienstag abend 84 Personen, die kommunistische Flugblätter verteilt haben oder sich weigerten, den Anordnungen der Verfassungspolizei Folge zu leisten. 10 zur Flugblattverteilung bestimmte Automobile und Motorräder der kommunistischen Partei sind beschlagnahmt worden. Im gesamten Seine-Departement demonstrierten 50 Prozent der Arbeitnehmer. In den Häfen Marseille, La Rochelle und Orient veranstalteten die Hafenarbeiter Umzüge. In den Papierwerken und Docks ruhte die Arbeit völlig. In Sorsacq feierten die Straßenbahnen-

Die deutsche Note an Amerika.

Grundsätzliche Annahme des amerikanischen Friedenspatts, aber noch Verhandlung über die Einzelheiten.

Der Reichsaussenminister hat dem Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin im Einverständnis mit den deutschnationalen Ministern folgende Note übermittelt:

Herr Botschafter!

Eure Excellenz haben mir in der Note vom 13. April und ihren Anlagen von den Verhandlungen und der französischen Regierung über den Abschluss eines internationalen Paktes zur Beendigung des Krieges Mitteilung gemacht. Zugleich haben Sie an mich die Frage gerichtet, ob die deutsche Regierung geneigt sei, einen solchen Pakt nach dem von der Regierung der Vereinigten Staaten aufgestellten Entwurf abzuschließen, oder ob sie bestimmte Änderungen dieses Entwurfes für notwendig halte. Die deutsche Regierung hat Ihre Frage mit der Sorgfalt geprüft, die der außerordentlichen Bedeutung der Angelegenheit entspricht. Sie konnte in diese Prüfung auch den Vertragsentwurf einbeziehen, der inzwischen von der französischen Regierung aufgestellt und den beteiligten Mächten übermittelt worden ist. Als Ergebnis der Prüfung beehre ich mich Eurer Excellenz im Namen der deutschen Regierung folgendes mitzuteilen:

Die deutsche Regierung begrüßt die Eröffnung von Verhandlungen über den Abschluss eines internationalen Paktes zur Beendigung des Krieges auf das wärmste. Die beiden großen Gedanken, die der Initiative des französischen Herrn Außenministers und dem aus ihr hervorgegangenen Vorschlag der Regierung der Vereinigten Staaten zugrundeliegen, entsprechen vollkommen den Grundsätzen der deutschen Politik. Deutschland hat kein höheres Interesse, als die Möglichkeit kriegerischer Konflikte auszuschalten und im Leben der Völker eine Entwicklung zu sehen, die den friedlichen Ausgleich aller Gegensätze zwischen den Staaten gewährleistet. Der Abschluss eines Paktes, wie ihn die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt im Auge hat, würde die Völker der Erreichung dieses Zieles sicherlich um ein weites Stück näherbringen.

Da das Bedürfnis der Völker nach Sicherung des Friedens seit Beendigung des Weltkrieges bereits zu anderen internationalen Abmachungen geführt hat, ergibt sich für die daran beteiligten Staaten die Notwendigkeit, sich darüber klar zu werden, in welchem Verhältnis der jetzt geplante Pakt zu diesen schon in Kraft befindlichen internationalen Abmachungen stehen würde. Sie haben, Herr Botschafter, in Ihrer Note auf die Erwägungen hingewiesen, die in dieser Hinsicht von der französischen Regierung in ihrem Meinungsaustausch mit der Regierung der Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebracht worden sind. Was Deutschland anlangt, so kommen als internationale Abmachungen, die sich mit dem Inhalte des neuen Paktes berühren könnten, die Völkerbündung und der Rheinpakt von Locarno in Betracht; sonstige internationale Verpflichtungen dieser Art in Deutschland nicht eingegangen. Die Achtung der Verpflichtungen aus der Völkerbündung und dem Rheinpakt muß nach Ansicht der deutschen Regierung unverzichtbar sein. Die deutsche Regierung ist aber der Überzeugung, daß diese Verpflichtungen nichts enthalten, was mit den Verpflichtungen, die der Paktentwurf der Vereinigten Staaten vorsieht, irgendwie in Widerspruch geraten könnte. Im Gegenteil glaubt sie, daß die bindende Verpflichtung, den Krieg nicht als ein Werkzeug nationaler Politik zu benutzen, nur geeignet sein würde, den Grundgedanken der Völkerbündung und des Rheinpaktes zu verstärken. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß ein Pakt nach dem Muster der Regierung der Vereinigten Staaten das souveräne Recht eines jeden Staates zur Selbstverteidigung nicht in Zweifel stellen würde. Es beruht sich auf sich selbst, daß, wenn ein Staat den Pakt bricht, die anderen Kontrahenten diesem Staate gegenüber ihre Handlungsfreiheit wiedergewinnen. Der von der Verletzung des Paktes betroffene Staat ist deshalb nicht gehindert, sich seinerseits gegen den Friedensbrecher zur Wehr zu setzen. In einem Pakt dieser Art den Fall seiner Verletzung ausdrücklich vorzusehen, erscheint der deutschen Regierung nicht notwendig.

In Übereinstimmung mit der Regierung der Vereinigten Staaten und mit der französischen Regierung ist auch die deutsche Regierung der Auffassung, daß das letzte Ziel die Universalität des neuen Paktes sein muß. Diese Universalität herbeizuführen, dürfte der Entwurf der Vereinigten Staaten einen praktischen Weg eröffnen. Wenn die zunächst als Signatarstaaten in Aussicht genommene Staaten den Pakt abgeschlossen haben, kann erwartet werden, daß die anderen Staaten von dem ihnen ohne Einschränkung und Bedingung gewährten Rechte des Beitritts alsbald Gebrauch machen.

Die deutsche Regierung kann demnach die Erklärung abgeben, daß sie bereit ist, einen Pakt nach dem Vorschlag der Regierung der Vereinigten Staaten abzuschließen, und zu diesem Zwecke in die erforderlichen

Verhandlungen mit den beteiligten Regierungen einzutreten. Mit dieser Erklärung verbindet jedoch die deutsche Regierung die bestimmte Erwartung, daß das Zustandekommen eines Paktes von solcher Tragweite nicht verfehlt wird, alsbald seinen Einfluß auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen geltend zu machen. So müßte diese neue Garantie für die Erhaltung des Friedens den Bemühungen um die Durchführung der allgem. gemeinen Abrüstung einen wirksamen Impuls geben. Außerdem aber müßte der Bergicht auf den Krieg als notwendiges Gegenstück den Ausbau der Möglichkeiten fördern, vorhandene und entstehende Gegensätze der Völkerinteressen auf friedlicher Weise zum Austrag zu bringen.

Auch England stimmt zu.

London, 30. April. (Eig. Drahtbericht.) In Beantwortung einer im Unterhaus an den Außenminister von Ramsay MacDonald gestellten Frage stellte Außenminister Chamberlain fest, die britische Regierung begrüße den Vorschlag der Vereinigten Staaten zur Beendigung des Krieges auf das wärmste. Sie habe den von Kellogg unterbreiteten Text, sowie die von Frankreich gemachten Feststellungen und Anregungen genau und in freundschaftlichem Geiste geprüft. Die britische Regierung zweifle nicht, daß diese französisch-amerikanische Initiative zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden könne.

Die Kommunisten stützen Reudell weiter.

Sie schaffen ihm Material für sein Verbot.

Am letzten Sonntag ist es in verschiedenen Teilen des Reiches zu Schlägereien zwischen Rotfrontkämpfern und Rechtsradikalen gekommen. In Tempelhof bei Berlin prügelten sich etwa 140 Rotfrontkämpfer, die in drei Lastautos über Land fuhren, mit 12 Forstschülern. Einer der Forstschüler wurde schwer verletzt. Die Rotfrontkämpfer wurden von der Berliner Polizei verhaftet. Die Ermittlungen nach den Angreifern, die auf der Seite der Rotfrontkämpfer waren, sind noch im Gange. — In Henningsdorf bei Berlin schlugen sich Stahlhelm und Rotfront, wobei die Stahlhelmsleute die Musikinstrumente einer Rotfrontkapelle zerschmetterten. Die Stahlhelmsleute, 100 Mann auf Lastkraftwagen, wurden ebenfalls von der Berliner Polizei gefesselt. — In Essen kam es zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Rotfrontkämpfern. Gleichzeitig wurde aus allen Teilen des Reiches die Beobachtung mitgeteilt, daß die Hitlerleute systematisch Störtrupps in Wahlversammlungen schickten, um sie zu sprengen.

Die Taktik der Rotfrontkämpfer scheint fast darauf angelegt, Zwischenfälle zu provozieren, um dem deutschen Nationalen Innenminister nachträglich Material zu seiner kläglichen Begründung für sein Verbotserlassen zu liefern. Von diesem Gesichtspunkte aus benutzt die deutsche nationale Presse die Schlägereien zur Propaganda für das Eruchen des Herrn von Reudell. Von der Notwendigkeit eines Verbots von Stahlhelm und Hitlervereinen, die mindestens ebenso raufkühlig sind wie die roten Frontkämpfer, redet sie natürlich kein Wort.

Zwischenfälle der Art, wie sie am letzten Sonntag zu verzeichnen waren, sind den reaktionären Parteien selbstverständlich äußerst willkommen. Sie geben Gelegenheit zu einer Terror- und Panikhege, hinter der der wahre Sinn des Wahlsimples, die Abrechnung des Volkes mit der deutschnationalen Reaktion verborgen werden soll.

Die KPD treibt Wahlpropaganda mit deutschnationalen Autos.

Wien, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Als kürzlich die Nachricht durch die Presse ging, daß die KPD einen Teil der Kleinwagen der „Devoli“ zur Wahlpropaganda benutzen wollte, glaubte man zunächst an einen schlechten Scherz. Doch das für unmöglich gehaltene ist eingetreten.

Vor einigen Tagen traf in einem Landort der Amtshauptmannschaft Ramenz ein Trupp Rotfrontkämpfer aus Radeberg mit einem der Devolipleiteautomobile ein. Der Trupp verteilte und verkaufte Schriften für die KPD und lud gleichzeitig zu einer kommunistischen Versammlung ein. Wie die Kapediten erklärten, müßten sie für die zweitägige Benutzung des Wagens 300 Mark Miete zahlen. Deutschnationale Devoli und Kommunisten in trauriger Geschäftsverbindung, das vervollständigt das Bild, das die Kommunisten in diesem Wahlkampf von sich gezeichnet haben.

Der alte Carberry besaß das Anrecht auf einige Grundstücke in der Nachbarschaft, auf denen Petroleum entdeckt worden war. Die Mid-Central-Petroleum Co. hatte ihn hinausgeworfen, ihm für Reklamationen im Wert von 2200 Dollar keinen Cent gezahlt. Und zwar unter Berufung aufs Gesetz. Der alte Mann besaß eine Abschrift des betreffenden Gesetzes: „mineralhaltige Grundstücke“ waren anders einzuschätzen als gewöhnliches Feuerland. Tausende im Staate hatten sich in dieser Falle gefangen. Carberry jedoch besaß ein „Patent“, wonach das erwähnte Gesetz auf seinen Besitz nicht anwendbar war. Aber es war jemandem gelungen, die Regierungsurkunden zu „behalten“ und nun kämpfte er bereits seit einigen Jahren um sein Recht. Er hatte mit rührendem Vertrauen das Kongreßmitglied des Staates gebeten, für ihn in Washington einen Rechtsanwalt zu nehmen. Das Kongreßmitglied hatte dies auch getan, Carberry hatte etliche Male Geld nach Washington geschickt, jedoch ohne Ergebnis. Da machte er sich auf und fuhr nach der Hauptstadt, wo er entdeckte, daß der angebliche Rechtsanwalt ein Schreiber im Bureau des Kongreßmitgliedes war, der kleine Grundbesitzer ausplünderte und höchst wahrscheinlich die Beute mit seinem Chef teilte.

Es war eine klägliche Geschichte und — gerade das war das Arge — bestimmt kein Einzelfall, sondern ein System. Eine neue Methode, mittels derer die Reichen und Mächtigen die Armen und Schwachen auszubeuteten. Carberry war es gelungen, sich in Washington ein Dokument zu verschaffen, den Bericht einer Kongreß-Untersuchung über kalifornische Landkäufe. Sunny vertrat einen Abend mit diesem Dokument: tausend engbedruckte Seiten voll von Betrügereien und Diebstählen. Zum Beispiel des Vergrößerens der Petroleumrechte durch die Eisenbahnen! Die Regierung hatte den Bahnen alle Ländereien an der Strecke überlassen, ausgenommen die „mineralhaltigen“. Dem Gesetz nach besaß die Regierung „mineralhaltige“ auch auf Petroleum-Produktionsstätten jedoch die Eisenbahnen dieses Gesetz! Die Southern Pacific Bahn allein besaß in Kalifornien Petroleumland im Werte von einer Milliarde Dollars, und jeder Versuch, diesen Boden dem Staate zurückzugewinnen, war von listigen Juristen und bedächtigen Politikern und Richtern vereitelt worden.

Sunny wollte dem Vater auf der Heimfahrt davon erzählen, aber wo? eigentlich? Er konnte dem alten Carberry, dem die Mid-Central-Petroleum Co. heimlich gehandelt hatte, doch nicht helfen. Der Vater würde sich bei den Beamten in Barnes hinterhof herangehen lassen.

(Fortsetzung folgt.)

Die polnischen Kommunisten feiern die Feiern.

Warschau, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Maifeiern in Warschau durch die Kommunisten mit überaus traurigem Erfolge gestört worden. In früheren Jahren haben die in der polnischen Hauptstadt ziemlich starken kommunistischen Organisationen ebenfalls regelmäßig versucht, die Umzüge und Feiern der Sozialisten zu sprengen. Diesmal verfehlte sie ihre Anstrengungen, da seit längerer Zeit zum ersten Male fast in ganz Polen alle sozialistischen Parteien gemeinsame Feiern beschlossen hatten. Als sich der überaus imposante sozialistische Festzug gebildet hatte, griffen die Kommunisten ihn von hinten mit Knüppeln und Schußwaffen an. Die Sozialisten wehrten sich so gut es ging; später griff auch die Polizei in den regelrechten Straßentkampf ein.

Drei Tote und mehr als 50 Schwere und Leichtverwundete blieben auf dem Platz.

Erst nach dieser kommunistischen Mordtat konnte die sozialistische Demonstration fortgesetzt werden. — Viele Großbetriebe und die Straßenbahn feierten.

In Lodz, wo die Mehrheit der Wähler links eingestellt ist, verlief die Feiern unter noch stärkerer Beteiligung als in Warschau ohne größere Störungen. Der neue sozialistische Magistrat hatte das Amtshaus rot beflaggt und in den städtischen Betrieben Sonntagsruhe angeordnet.

In Lemberg wurden am frühen Morgen etwa 70 Kommunisten wegen angeblicher Vorbereitung zu ungeheuerlichen Veranstellungen verhaftet.

London, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Aus Jerusalem wird gemeldet, daß es dort im Zusammenhang mit der Feiern des 1. Mai zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Mehrere Arbeiter wurden verhaftet. Die jüdischen Arbeiter Palästinas feierten den Tag durch Arbeiterruhe im ganzen Lande. In den Städten beteiligten sich beim Feiern auch arabische Proletarier an den Maistagsfeiern der jüdischen Arbeiter.

Tokio, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeiter der japanischen Hauptstadt feierten den 1. Mai durch einen gewaltigen Demonstrationszug. Der Zug wurde von ungefähr 3000 Polizisten flankiert. Im Verlauf der Kundgebung wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die im Lande veranlasseten Demonstrationen verliefen ruhig.

Die Verhandlungen mit Polen.

Neue Stadien in den Wirtschaftsverhandlungen.

In die leidlich im Gang befindlichen deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hatte die bekannte polnische Grenzverordnung vom Ende vorigen Jahres eine unerfreuliche Störung gebracht. Auf deutscher Seite hatte man aus diesem einseitigen Eingriff in das Problem der Niederlassungsfrage zunächst keine Konsequenzen gezogen, da eine Abänderung der Verordnung von polnischer Seite in Aussicht gestellt wurde. Als diese Abänderungsverordnung aber Ende März herauskam und sich als durchaus unzulänglich erwies, verlangte Deutschland, daß zunächst die Niederlassungsfrage nochmals zur Diskussion gestellt werden müsse, da durch die polnische Verordnung die bereits im Sommer des vorigen Jahres erzielte Verständigung hinsichtlich zum guten Teil entwertet sei. Die polnische Regierung bestritt dies und wollte sich auf eine Vorwegnahme der Niederlassungsfrage bei der Fortsetzung der Verhandlungen nicht einlassen. Schließlich verfiel man auf den Ausweg, die Fortsetzung des weiteren Verhandlungsprogramms den beiden Bevollmächtigten Hermes und Iwardowski zu überlassen. Beide Delegierte kamen zu diesem Zweck am 12. und 13. April in Wien zusammen und erzielten in der Tat einen Kompromiß, in dem für die Wiederaufnahme der Verhandlungen für die einzelnen Kommissionen bestimmte Termine festgelegt waren.

Diese Vereinbarung unterlag der Befürchtung der beiden Regierungen. Die deutsche Regierung stimmte am 19. April zu. Am 20. sollte nach der Vereinbarung der beiden Bevollmächtigten die Niederlassungskommission als erste die Verhandlungen in Wien wieder aufnehmen. Die polnische Regierung nahm aber erst am 23. April zu der Wiener Vereinbarung Stellung, und zwar in dem Sinne, daß noch Rückfragen bei der Reichsregierung notwendig seien. Kommentare der offiziellen Presse lassen vermuten, daß man in Warschau mit dem Wiener Kompromiß nicht einverstanden ist, weil es dem deutschen Wunsch, daß zuerst die Niederlassungsfrage erledigt werden muß, im beschränkten Umfang Rechnung trägt.

Als bieten die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wieder einmal das leider schon sehr gemohnte Bild der Stokung, der wenig fruchtbaren diplomatischen Diskussion. Man braucht man das nicht zu nehmen, weil auf polnischer Seite das Hauptmotiv des Jagers darin liegt, daß man die deutschen Wahlen abwarten will, weil man von einer deutschen Unterregierung größte Konsequenzen erhofft. Da aber in einigen Wochen über die neue Regierung in Warschau berichtet werden dürfte, fällt der Anlaß der tatsächlichen Verschleppung für Warschau in absehbarer Zeit endlich weg.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Knopf-Verlag L.S., Berlin W. 50.

124 (Nachdruck verboten.) Sunny wußte, daß der Vater dem geriebenen Gauner gegenüber keine Verpflichtungen hatte und es ihm einzeln sein konnte, wenn dessen Schwärzereien enthüllt wurden, solange nur Sunnys Name dabei nicht genannt wurde. Es würde ein Leichtes sein, den Schwärzbelästigten nachzugehen. Die Grundbesitzer waren bestimmt bereit, gegen Sunnys Aussagen, aber würden sich zunächst dazu überreden lassen. Sunny berichtete am folgenden Morgen an der Universität Karbel die Geschichte und gab ihr eine hübsche Form für die Nachforschungen. Er ließ das Geld von seinem Vater kommen, und zwei Tage später stand Sunnys halbes Dutzend wackerer Staatsbürger und Bürgerinnen gegenüber, die der Gläubiger der Schwärzereien an seine Aussagen fertig erläuterten. Die Geschworenen konnten sich nur in zwei Fällen, wegen der Fälscher, einigen. Diese wurden zu sechs Jahren verurteilt. Die Restgeschworenen wurden freigesprochen. Die Karbel feierte den Freispruch, und die Presse schrieb von einer Orgie von Bekehrungen.

Der Vater war nicht besonders beunruhigt über Sunnys Mitteilung, daß der Young in Washington Sunnys Aussage auf der Spur sei. Unerschütterlich wurde über die Fälscher gekämpft werden; es gab ja immer Kaputtgänger, die Schwärzereien machen, das werden die meisten Richter begreifen, daß das Gesetz nur Schein war. Es bedeutete die große „Jagdlinie“ in Sachen des Vaters, und auch in dem Bereich. Jetzt mußten sie bekennen, Petroleum heranzuführen, alles andere war belanglos. In diesen Tagen wurde man einem Heranwachsenden helfen, es war nicht so leicht, daß bei Sunnys keine harte Sprache möglich war. Und auch ein etwas reiferer junger Mann wie der „Hofmeister“ war es nicht, wenn er nicht besser zu tun wußte, als in Sunnys Hinterhof einzufliegen.

Die alte Geschichte war gegündet worden, es der süße Petrosinell in Karbel anzubringen; hier lag der Schlüssel der Wahrheit und der Wahrheit, er erhielt für seine Schwärzereien ein paar Hunderttausend Dollars im Jahr. Doch das war es nicht, was ihn so glücklich machte. Er hatte einige Wochen lang Ruhe gefunden, bis er nun in seinen Hinterhof einfliegen konnte, um die alte Geschichte zu erzählen.

Er erbeutete den Nachschriften der Karte zum Trost harter denn je.

Sunny telegraphierte aus Washington: die Nachverträge waren unterschrieben, Sunny nahm eine Woche Ferien, in den letzten Sonntagen wurden einem Studenten derartige Vergünstigungen gewährt, besonders, wenn die Fakultät damit rechnete, daß ein Vater einen Schatz für Petroleum-Chemie entdecken würde.

Die beiden fuhren nach San Jose, einem entlegenen Teil des Staates, Redlands, mit wenig Besorgern und sehr schlechten Straßen. Sie wußten in einem äußerst primitiven landlichen Gebiet, beschränkten die neuen Felder und verbrachten die meiste Zeit zu Pferde. Die Gesetze des Vaters hatten sich eingeschrieben, die Ingenieure und Geologen. Sie bestimmten die Eigenschaften, die Anlagen für die Straßen, die Hochspannungen, die Leitungen, sie legten für die Straßen, wie die Straßen laufen, wo das Petroleum und das Salz liegen sollten. Es war an allen Stellen Dutzende gegenwärtig, in der folgenden Woche sollte mit dem Bau einer gewaltigen Straße begonnen werden. Alles war in höchster Eile.

Sunny hätte dies alles unterschrieben, die „Jagdlinie“ hätte ihn mit Stoff umgeben, wie jeder andere irgendwo. Er hat seinen „Hinterhof“, er war immer in den Hinterhöfen herum, wie der einzige Karbelmeister für andrückt. Das war ein Ort, den es nie einen besseren, Sunny immer wieder gegen die Umstände des Vaters zu setzen, verfiel ihm bis in den letzten Augenblick und brachte ihn mit einem alten Bauern zusammen, einem etwas älteren, hübschen alten Red, dessen Haus nun schon Jahre lang leer stand und sich in Eile verwanbelt werden muß. Der Mann hatte ein hübsches, hübsches Augen und trug eine etwas große Kappe unter dem Arm, die er nicht in seiner Tasche lassen wollte, es lag, je hübscher gefaltet werden. Er wollte Herrn Red eine Kappe anbieten, aber Herr Red hatte sich schon entschieden, er war, je mit hübschen Kappe abgewandt. Der alte Mann jedoch erklärte, daß Sunny nicht mit der letzten Seite der großen Petroleumkommissionen gepanzt war; er sollte den jungen Mann in seine Hände und zeigte ihm die Papiere. Es waren Dokumente aus dem Ministerium des Innern, mit rechtswirksamen neuen Gesetzen und neuen Statuten versehen, darauf, so erklärte der Mann, waren je nicht notwendig, sondern hatte die herkömmlichen Papiere gefaltet, grade wie in denen der Sunnys entworfen wurde, daß ihn die „Mid-Central-Petroleum“ am besten hat gefaltet habe. Ein Red hatte Sunnys Namen, er war der einzige Gauner in diesen Tagen.

Der englisch-ägyptische Konflikt.

Englisches Ultimatum. — Nachgiebige Antwort Ägyptens. — England entsendet seine Flotte

London, 30. April. (Eig. Drahtbericht.) Der britische Außenminister teilte am Montag im Unterhause mit, daß am Sonntagabend an die ägyptische Regierung eine Note gelangt wurde, in der Ägypten aufgefordert wird, die parlamentarische Erledigung des Verordnungs-Gesetzes sofort einzustellen. Falls London bis Mittwoch, den 2. Mai, um 7 Uhr abends nicht im Besitz einer entsprechenden Erklärung Ägyptens sei, behalte sich die britische Regierung vor, die ihr notwendig scheinenden Schritte zu unternehmen. Wie aus Kairo gemeldet wird, versteht Großbritannien unter den „notwendig scheinenden Schritten“ eine Beschlagnahme der ägyptischen Zölle und damit der staatlichen Haupteinnahmequelle Ägyptens.

Der ägyptische Ministerrat beschloß am Montag, von der bisherigen Politik nicht abzuweichen und das britische Ultimatum nicht zu erfüllen. Der ägyptische Ministerpräsident Wahab Pascha erklärte einer hier vorliegenden Meldung aus Kairo zufolge, er werde nicht wie sein Vorgänger unter den britischen Drohungen zurücktreten.

Fünf britische Kriegsschiffe haben am Montag Malta verlassen. Ihr offizieller Bestimmungsort ist Korinth. Man ist jedoch in London der Auffassung, daß diese Schiffe am Mittwoch abend im Falle der Nichterfüllung der britischen Forderungen durch Ägypten auf drahllosem Wege nach Alexandria und Port Said beordert werden. Auch andere Schiffe der britischen Mittelmeerflotte sollen für die Entsendung nach Ägypten bereits auf Fahrbereitschaft gestellt sein.

London, 2. Mai. (Eigener Funkenbericht.)

Die ägyptische Antwort auf das britische

Ultimatum wird dem britischen Oberkommissar in Ägypten, Lord Lloyd, voraussichtlich heute, Mittwoch früh, überreicht werden. Nach den Informationen der ägyptischen Presse bewegt sich diese Antwort in folgenden Gedankengängen: Die ägyptische Regierung betont nachdrücklich, daß Großbritannien keinerlei Recht beizugehen, sich in ausschließlich ägyptische parlamentarische und gesetzgeberische Angelegenheiten einzumischen. Zudem habe sich die ägyptische Regierung aus dem Wunsch heraus, einen Streit mit Großbritannien zu vermeiden, dazu entschlossen, das Verordnungs-Gesetz bis zur nächsten Parlamentsession im November zurückzustellen. Die ägyptische Note soll in den freundlichsten Formen gehalten sein und am Schluß der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß Großbritannien diesen von Ägypten eingeschlagenen Weg als eine befriedigende Antwort auf das Ultimatum auffassen werde. Während die ägyptische Regierung mit diesem Vorschlag offensichtlich die schmerzlichen Konsequenzen des britischen Ultimatus zu vermeiden hofft, wird in politischen Kreisen in London Zweifel darüber geäußert, ob dieser Schritt Ägyptens einer Erfüllung der britischen Forderungen gleichkomme. Aus Neugierungen der Londoner amtlichen Kreise gewinnt man den Eindruck, daß eine bloße Zurückstellung des Gesetzes bis zum nächsten Herbst von der britischen Regierung nicht als eine befriedigende Lösung betrachtet werden würde, da Großbritannien die endgültige Zurückziehung des Verordnungs-Gesetzes gefordert habe. Die von einer Anzahl Londoner Morgenblätter vertretene Auffassung, daß die anglo-ägyptische Krise mit der Zurückstellung des Verordnungs-Gesetzes beigelegt sei, ist als zumindest verfrüht zu betrachten.

Die Konservativen gegen die Deutschnationalen.

Weil sie bei der Mandatsjagd unterlegen sind.

Frankfurt a. M., 30. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Konservative Vereinigung für Hessen-Massau verabschiedete folgende Entschliessung: „In der Provinz Hessen-Massau sind die für die kommenden Wahlen aufgestellten Listen der Deutschnationalen Volkspartei für eine entschieden nationale Anschauung durchaus unbefriedigend. Die wichtigsten Säze sind mit ausgeprochenen Kompromissen besetzt. Besonders die neue, von Frankfurt ausgehende Veränderung der Landtagslisten bedeutet einen weiteren harten Rückschritt und eine empfindliche Vernachlässigung der monarchistischen Belange, die von dieser Gruppe in der alten Kaiserstadt gänzlich unterdrückt werden. Sehr verdiente Männer rechtsgerichteter Gesinnung sind zurückgesetzt.“

Die Konservative Vereinigung Frankfurt am Main hat ihre Mitarbeit der Deutschnationalen Volkspartei Frankfurt a. M. angeboten. Sie ist aber ohne Antwort geblieben. Sie hat mit einer Reihe anderer Organisationen gegen die linksen Einprägung erhoben. Ohne Erfolg. Sie sieht sich deshalb gezwungen, wahrhaft national denkende von der Wahl der deutschnationalen Liste abzuraten. Sie hat sich, dem Beispiel anderer konservativer Gruppen in ähnlich zusammengefügten Wahlkreisen folgend, über die ganze Provinz ausgedehnt und dem völkisch-nationalen Block der Opposition angeschlossen.

Goll der Staat erneut betrogen werden?

Neue Lohmannschiebungen in Neustadt in Holstein.

Hamburg, 30. April. (Eigener Drahtbericht.) Man nahm bisher an, daß die Werte der Lohmann-Unternehmungen in Neustadt, Holstein, als Konkursmasse ohne weiteres an das Reich zurückfallen würden. Diese Annahme war falsch. Laut einer Information des „Hamburger Echo“ soll die Hanseatische Marine-Jagdschule in Neustadt ein städtisches Unternehmen werden, wobei Grundstücke und Gebäude an die Stadt übergehen, die Stadt aber zusammen mit Privatkapitalisten einen erheblichen Teil der laufenden Kosten übernehmen soll. Vor allem soll die Stadt einspringen, wenn sich finanzielle Schwierigkeiten ergeben. Es soll bereits ein Vorvertrag zwischen dem Bürgermeister von Neustadt und den leitenden Persönlichkeiten der Jagdschule, früheren Marineoffizieren, abgeschlossen sein. Die Stadtverordneten von Neustadt, so heißt es, seien darüber gar nicht befragt worden. Der Bürgermeister soll diesen Vertrag, an dem die Stadt beteiligt ist, in rein privaten Verhandlungen abgeschlossen haben, an denen der Führer des Stahlhelms, Fröh, und der Leiter der Neustädter Fremdenanstalt, Dr. Walter, teilgenommen haben. Das andere Neustädter Lohmann-Unternehmen, Slip G. m. b. H., für das als Geschäftsführer der Generaldirektor der Werbermeister, Franz Stapelfeld und Marinebaurat Niemeyer zeichneten, soll an einen Sprüchzieher namens Lohmann verkauft werden. Auch in dieser Angelegenheit soll der Vorvertrag bereits auf ähnliche Weise abgeschlossen sein wie im ersten Falle.

Ein erfreulicher Schritt.

Ein weitherziger Beschluß der preussischen Regierung in der Minderheitenfrage.

Berlin, 1. Mai. (Eig. Bericht.) Amtlich wird mitgeteilt: In dem Bestreben, das Recht der nationalen Minderheiten in Deutschland auf Wahrung ihres Volkstums sicherzustellen, hatten die zuständigen Reichs- und Staatsressorts eine Studienkommission zu dem Zweck und mit der Aufgabe eingesetzt, Vorschläge für eine Regelung des Minderheitenwesens zu leisten, die in Betracht kommenden Fragen eingehend, nicht nur theoretisch, zu prüfen und zu praktischen Vorschlägen zusammenzufassen. Die Studienkommission hat ihre Arbeit nach eingehenden Beratungen, in deren Verlauf sie auch mit Minderheitsvertretern in Verbindung genommen hat, abgeschlossen und dem preussischen Staatsministerium über das Ergebnis ihrer Arbeiten Bericht erstattet. Sie hat außerdem dem Staatsministerium einen bis ins einzelne gehenden Entwurf einer Ordnung zur Regelung des Minderheitenwesens unterbreitet. Das preussische Staatsministerium hat zu ihm in der Sitzung am 28. April 1928 vorläufig Stellung genommen und erachtet ihn als eine geeignete Grundlage für das weitere Vorgehen. Danach soll zunächst für die zahlreichsten bedrängten Minderheiten, die polnische, eine einheitliche Regelung für das gesamte Staatsgebiet erfolgen. Der Entwurf geht von dem Grundsatz aus, daß das Selbstbestimmungsrecht der freien Entscheidung des einzelnen gestellt wird und der Minderheiten jeder angehört, der ihr zugehört zu werden wünscht. Er schlägt damit vor, die in der Genfer Konvention vom 15. Mai 1922, Art. 7/131, enthaltenen Grundzüge namentlich auch im Wege autonomer Entscheidung entsprechend zu übernehmen. Auf der Grundlage des freien Bestimmungsrechts der Entscheidungsberechtigten liegt der Entwurf jedoch eine Regelung des öffentlichen und privaten Minderheitswesens insbesondere für die Voraussetzungen vor, unter denen private Minderheitenschulen aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen sind. Ferner enthält der Entwurf Vorschläge, der Minderheitenschulen die Erfüllung ihrer Aufgaben durch geeignete Befreiungen zu ermöglichen.

Das Staatsministerium hat die zuständigen Ressorts ermächtigt, namentlich die Stellungnahme der in Betracht kommenden staatlichen Behörden, sowie der Vertreter der polnischen Minderheiten zu den Vorschlägen der Studienkommission herbeizuführen; nach den Ergebnissen dieser Verhandlungen wird das Staatsministerium endgültig Beschluß fassen.

Kommunistische Gemeinheit.

Sie überfallen zu dritt einen Kriegsbeschädigten.

Frankfurt a. M., 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Frankfurter „Volksstimme“ läßt am Sonnabend ihre Leser einen Blick hinter die kommunistischen Kulissen werfen, der ein Beispiel gibt, wie sich die Taten der patentierten „Arbeitervertreter“ zu ihren Worten verhalten. Ein Schwerkrankenbeschädigter hatte eine Reklamenentwurf erfunden, und um sie geschäftlich auszuwerten, ließ er sich vom Geschäftsführer der Roten Hilfe, dem Kommunisten Joseph, auf dessen Büro einen Brief an einen Reklamefabrikanten schreiben und abschicken. Sonderbarerweise bekam der Briefumschlag den Stempel der Roten Hilfe. Infolgedessen ging auch die Antwort des Fabrikanten statt an den Kriegsbeschädigten an Joseph. Weil der aber inzwischen für die KPD im Gefängnis lag, kam der Brief auf dem Büro der Roten Hilfe in die Hände eines anderen kommunistischen Funktionärs und verschwand. Der Kampf um die M...ate begonnen hat, tauchte plötzlich der Brief wieder auf. Joseph hatte sich nämlich in der Zwischenzeit mit seiner Partei etwas überworfen und war deshalb bei den örtlichen Führern untern durch. Man behauptet, wie die „Volksstimme“ schreibt, er habe es zu ernst genommen mit der Behauptung, daß die Roten Hilfe eine „überparteiliche“ Organisation sei und habe verächtlich Schwereidungen gemacht, wenn Götter, die dieser Organisation zur Unterstützung von Erwerbslosen und anderen Notleidenden zugegangen waren, in die Parteifläche fliehen sollten. Deswegen konnte man Joseph auch nicht als Stadtverordneten gebrauchen, und seine Aufstellung zu verhindern, drohte der Bezirksleiter heute gegen Joseph „schweres Geschick“ aufzuführen, wenn er nicht freiwillig von der Kandidatur zurücktrete. Als „schweres Geschick“ entpuppte sich der inzwischen verschwunden gewesene und plötzlich wieder aufgetauchte Antwortbrief an den Kriegsbeschädigten. Der ersucht wohl inzwischen von Joseph, daß der Brief in den Händen des Bezirksbüros der KPD sei und so erschien er eines Tages, um das bezugslose Antwortschreiben des Fabrikanten zurückzufordern. Er wurde mit Redensarten hingehalten, und es wurde ihm schließlich gesagt, er müsse aus Parteidisziplin auf die Herausgabe des Schreibens verzichten. Der Kriegsbeschädigte ergriff darauf das auf dem Tisch liegende Schreiben und steckte es in die Tasche. Darauf ereignete sich folgende Szene: Sowohl der kommunistische Bezirksleiter heute wie der Organisationsleiter Runge verlangten die Herausgabe des Briefes, und als sich der Schwerkrankenbeschädigte weigerte, griff ihn Runge von hinten an, pregte ihm die Arme zusammen und drückte ihn gegen die Wand, während heute in die Mantelstasche des Gefangenen griff, um den Brief herauszunehmen. Bei dieser Heldentat wurde noch der Gauleiter des Roten Frontkämpferbundes zu Hilfe gezogen, und in einem äußerst gewalttätigen Ringen dem Schwerkrankenbeschädigten schließlich die zusammengewrampften Finger, in denen er den Brief noch festhielt, ausgebrochen und ihm das Schreiben mit Brachialgewalt wieder entziffen. Die Szene spielte sich vor den Augen des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Rosenbaum ab, welcher mit der Pfeife im Mund gelassen dabei stand, ohne auch nur ein Wort zu verlieren. Zum Schluß wurde der Kriegsbeschädigte mit einem kräftigen Tritt zur Türe hinausbejodert und ihm gesagt, er solle sich nicht mehr zeigen lassen. Die Angelegenheit ist inzwischen bei der Staatsanwaltschaft angezeigt worden, und das Ermittlungsverfahren ist im Gange.

Der Stettiner Fememord.

Ein läugerischer Zeuge. — Der blamierte Gerichtsarzt.

Stettin, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Rosenfelder Mordprozess wurde am Dienstag fortgesetzt. Ein Zeuge Wilhelm Kröjel aus Pritz, Leiter des dortigen Heimatschutzes im Jahre 1919, sagt aus, es seien bei der Ankunft der Kogbader sehr unruhige Zeiten gewesen. Aus seinen langatmigen Ausführungen geht hervor, daß es sich um die Unruhen an dem Rapp-Busch handelt. Auf Anweisung von Bodungen habe er die Waffen der Einwohnerwehr bei deren Auflösung an die Kogbader abgegeben, obwohl eine Verordnung bestände, die Waffen an die Reichswehr abzuliefern. Bodungen habe ihm auch gesagt, Waffenverräter seien zu erledigen. Das habe er endlich mal für ein Manneswort gehalten. Er selbst habe nicht gewußt, wo sich die Waffen befänden. Er will von einem Berliner Reichswehrmajor, den Weber er noch Kogbach und Bodungen kannten, offiziell die Weisung erhalten haben, im Fall der Not von den Kogbädern bewaffneten Schutz anzufordern. Die Unterredung habe in einem Wirtschaftsgarten stattgefunden. Der Oberstaatsanwalt erklärt daraufhin, daß er einen Leumundzeugen über den Zeugen Kröjel gelassen habe. Er habe Mitteilung erhalten, daß dem Zeugen Kröjel kein Wort zu glauben sei. Zeuge Kröjel sagt weiter aus, er habe Waffen aus Schwedt erhalten, die später von den Kogbädern abgeholt wurden. Wer die Waffen geschickt habe, wisse er nicht.

Der Vorsitzende fragt dann die Angeklagten, ob sie noch irgendetwas vorzubringen haben. Die Angeklagten verneinen. Der Angeklagte Bogt, der in der Hauptverhandlung als einziger Angeklagter keine Aussage aus der Voruntersuchung wiederholte, wird nochmals vernommen. Er bleibt bei seinen für Heines und Bergfeld schwer belastenden Aussagen. Wieder versucht die Verteidigung, den Angeklagten Bogt als gebärdenschwach hinzustellen. Durch fortgesetzte wechselnde Fragen versucht sie den Angeklagten zu verwirren. Auf Antrag der Verteidigung beschließt das Gericht, den ärztlichen Sachverständigen über die Glaubwürdigkeit des Angeklagten Bogt zu vernahmen. Der Gerichtsarzt Dr. Ripper äußert sich zunächst über den Angeklagten Krüger, der sich gleichzeitig wegen Ver-

dachts des Lustmordes in Untersuchungshaft befindet. Aus Krügers Vernehmung sei kein Schluß auf einen geistigen Defekt zu ziehen. Zwar sei er stark hysterisch und etwas beschränkt, aber von einer gewissen Bauernschäme und dem Bestreben, sich in den Vordergrund zu stellen. Der Angeklagte Bogt habe in der Jugend eine Gehirnerkrankung gehabt, sei seines Gedächtnisses nicht richtig sicher und müsse als schwachmüdig bezeichnet werden. Seine bestimmten Aussagen seien daher sehr bedenklich. Der Vorsitzende äußert, daß ihm das Gutachten nicht hinlänglich begründet erscheine und bezweifelt dessen wissenschaftlich-psychiatrische Grundlage.

Der Angeklagte Bogt, nochmals befragt, beharrt sehr bestimmt auf seinen Aussagen. Schließlich stellt sich die vom Sachverständigen angenommene Schwachmüdigkeit Bogts als mangelnde Kenntnis der deutschen Sprache heraus. Bogt hat in russisch-polen eine nur zeitweise Schulbildung genossen und erbt bei dem deutschen Militär lesen gelernt. — Am Mittwoch sollen die Plädoyers beginnen.

Völkischer Reinfall.

223 Mann bilden einen Demonstrationzug.

Frankfurt a. M., 30. April. (Eigener Drahtbericht.) Einen schweren Reinfall erlebten die Völkischen in Marburg. Unter dem Patronat des Grafen Reventlow feierte hier am 28. und 29. April die sogenannte Nationalsozialistische Arbeiterpartei ihren Hessen-Tag. Der „reisige Propagandazug“, zu dem die Hitleranhänger aus ganz Hessen-Massau „herbeiströmen“ sollten, zählte sage und schreibe 223 Teilnehmer, während sie angekündigt hatten, mit 3000 Mann Marburg „von ihnen mit nationalsozialistischem Geist zu erobern.“

Soeich bei Briand.

Paris, 2. Mai. Der deutsche Botschafter, Herr von Soeich, begab sich gestern nachmittag nach dem Auswärtigen Amt, um dem französischen Minister des Auswärtigen, Briand, die besten Wünsche Dr. Stresemanns für eine baldige Genesung zu überbringen. Zu der gleichen Zeit unterhielt sich der deutsche Botschafter mit dem Generalsekretär des Auswärtigen Amtes, Berthelot, über die deutsche Antwort auf den keltogischen Kriegsverzichtsvorschlag und über die Beweggründe, die die deutsche Regierung zu der Abweichung von dem französischen Vorschlag veranlassen.

Der Quai d'Orsay veröffentlicht folgenden Bericht über den Gesundheitszustand Briands: Allgemeines Befinden zufriedenstellend, Anhalten eines leichten Fieberzustandes.

Beginn des Autonomistenprozesses.

Vor dem Schwurgericht in Colmar, das von einem starken Militärkommando abgeperrt ist, hat am Dienstag der Prozess gegen die 22 eifrigen Autonomisten begonnen. Der Andrang des Publikums ist groß. 15 Angeklagte sind bei der Verhandlung anwesend, 7 weitere Angeklagte hatten sich im Ausland auf. Unter den 300 Zuhörern, die geladen sind, befindet sich auch der deutsche Außenminister Stresemann. Die Anklage lautet auf Komplott gegen die Sicherheit des Staates. Klaus Jörn von Bulach, der als Zeuge geladen war, ist im Gerichts-saal verhaftet worden.

Poincaré

zimmert seine neue Mehrheit.

Er will einen Teil der Rechten abstoßen.

Paris, 2. Mai. (Eigener Funkenbericht.) Der heute im Ellys stattfindende erste Ministerrat nach den Neuwahlen wird zwar noch keine Entscheidung über den Umbau des Kabinetts Poincarés bringen, aber er wird doch einige Fingerzeige darüber geben, in welcher Richtung Poincaré seine neue Mehrheit in der Kammer suchen will. Der allgemeine Eindruck verstärkt sich immer mehr, daß Poincaré versuchen will, die zu stark geworbene Reaktion (Gruppe Marin) zu spalten, um dann die kleinere fortschrittlichere Hälfte in seine Majorität der nationalen Konzentration aufzunehmen. Diese Mehrheit würde von Herriot, Briand, Painlevé bis zu Poncelet und Beret gehen. Was sie als besonders auszeichnend erscheinen läßt, ist, daß sie schon heute die Zustimmung weiterer linksseitiger Kräfte erhält. So erklärt heute die „Volonté“, daß die radikale Partei unter keinen Umständen in einer Regierung bleiben könne, worin die Gruppe Marin mit ihrem verstärkten Einfluß und ihrem vergrößerten Anspruch teilhaben würde. Nur eine Konzentration mit dem Schwerpunkt auf dem linken Zentrum sei tragbar.

Die „Ere Nouvelle“ ist durchaus der gleichen Ansicht, und zwar hauptsächlich aus außenpolitischen Gründen. Die Gruppe Marin, schreibt das Blatt, würde, wenn sie die künftige Außenpolitik bestimmen könnte, wieder eine Prestigepolitik treiben. Es gälte aber, das Werk von Locarno fortzusetzen und es gelte vor allem, jetzt schon die Frage der Rheinlandräumung zu liquidieren. Dieser Stachel müsse jetzt endlich aus dem Fleisch des Besten gezogen werden.

Poincaré zeigt vorläufig noch keine Eile zu irgendwelchen Entschlüssen. Er reist heute auf sein Landgut, wo er einige Tage der Erholung verbringen wird. Am Sonnabend spricht er dann in Straßburg und am Sonntag in Metz. Wie verkundet, wird er in seiner Mezer Rede nicht nur ausführlich zu der Wahl der Autonomisten im Elsaß Stellung nehmen, sondern er wird sich auch über die künftige Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen äußern.

Nachwahl in England.

Große Verluste der Konservativen.

London, 2. Mai. (Eigener Funkenbericht.) Die Nachwahl im großbürgerlichen Wahlkreis Marylebone, die durch die Ernennung Sir Douglas Hoggess zum Lordkanzler notwendig geworden war, führte zu keiner Veränderung im bisherigen konservativen Besitzstande. Das Resultat ist aber für die Konservativen keineswegs ermutigend, da für sie nur halb so viel Stimmen abgegeben worden sind, als bei den letzten Neuwahlen und die konservative Mehrheit beinahe auf ein Drittel von 1924 gesunken ist.

Letzte Nachrichten.

Der Start der „Italia“ verschoben.

Stolz, 2. Mai. Der für die Nacht vom Dienstag zu Mittwoch angekündigte Start der „Italia“ zum Fluge nach Spitzbergen ist in letzter Stunde abgelaßt worden, da inzwischen sehr ungünstige Wetterberichte aus Spitzbergen eingetroffen waren. Bei einer Windstärke 10 und starkem Schneefall beträgt die Sicht dort nur 100 Meter. Außerdem sei das Barometer im Fallen begriffen.

Die ägyptische Antwort an England überreicht.

London, 2. Mai. Nach Meldungen aus Kairo ist dem britischen Oberkommissar, Lord Lloyd, am Dienstag die ägyptische Antwortnote auf das britische Ultimatum überreicht worden.

Durch einen Eisensteg erschlagen.

Auf der Feste „Erin“ bei Bochum ereignete sich bei Abbruch des alten Wäfers ein schweres Unglück. Durch einen plötzlich herabfallenden Eisensteg wurde ein Arbeiter getötet, ein weiterer schwer verletzt.

Das Fest der Arbeit.

Achtung, Augen rechts.

Die „Roten Blüten“ am Vorabend des 1. Mai.

Die Versammlung, die Urform des politischen Lebens demokratisch organisierter Völker beginnt im politischen Kampf in den Hintergründen zu treten. Moderne Hilfsmittel der Propaganda wie Film, Grammophon, Lichtbild oder Leuchtschrift oder gar himmelstreichender Flugzeuge — ein besonders findiger Kopf hat neuerdings sogar stempelnde Schuhe konstruiert, mit denen man das Pflaster der Großstädte polstergewidrig zur Agitation gebrauchen kann — haben den gewohnten Rhythmus des Wahlkampfes gebrochen, jedoch nicht so umgestaltet, wie es mancher erwartet haben mag. Die Wahlagitator ist eben etwas anderes wie Kellame für Schuhcreme oder Hühneraugenpflaster und so ist weniger das moderne technische Hilfsmittel, wie das beschleunigte Tempo unserer Lebensform, dem sich nicht einmal der in überholten Wirtschaftsformen stehengebliebene Landwirt, geschweige denn der Städter bzw. das städtische Proletariat entziehen kann. Dieses beschleunigte Tempo, das auch in dem sich ändernden Gesicht der Arbeiterpresse zum Ausdruck kommt, verlangt vielleicht gar nicht so sehr nach dem technisch vollendeten Hilfsmittel. Es bedingt nur andere neue Ausdrucksformen, andere geistige Formen der politischen Werbung und eine, vielleicht die charakteristischste dieser Formen ist das politische Kabarett.

Doch das politische Kabarett ist nicht nur eine neue geistige Form der politischen Werbung, mithin des politischen Kampfes, es ist überdies eine spezifische Ausdrucksform des Proletariats, Beginn einer neuartigen proletarischen Kulturäußerung. Das politische Kabarett kann nicht von bezaahlten Schauspielern ohne eigene Meinung und innere Stellungnahme, es muß von mit der Sache geistig und seelisch verbundenen, muß von begeisterten Menschen gespielt werden, die nicht nur ihren Witz oder ihr schauspielerisches Talent einsetzen, sondern auch das Fluidum ihrer Ueberzeugungskraft auf das Publikum auszuströmen im Stande sind.

Durch die in ihrer zussätzlichen Eigenart besonders zu wertenden „Blauen Blüten“ angeregt, und doch ganz verschieden, dem weiteuropäischen, dogmenfremden sozialistischen Denken angepaßt, entstanden in den letzten Jahren Wahlkabarets bei den sächsischen, bei den österreichischen Wahlen und wiesen den Weg zum Herzen derer, die das Bekannte und im Laufe der Jahre etwas erkaltete Wesen der politischen Versammlung scheuen. Auch Breslau hat seine Wahlkabarets; die Wahlrevue der Jungsozialisten und die „Roten Blüten“ der Sozialistischen Arbeiterjugend. Die „Roten Blüten“, über deren erstes öffentliches Auftreten in Breslau hier kurz berichtet werden soll, waren ursprünglich gar keine Wahlrevue, sondern nur ein gut gelungener Versuch für eine Neujahrsfeier. Die politische Neuanwendung für den gegenwärtigen Wahlkampf ergab sich später von selbst. Aus Spiel wurde politischer Kampf, Kampf mit Geist, mit Witz und Humor, um die Seele indifferenten Klassengenossen. Ein wenig Lampenfieber mögen die jungen Proletariatsmädels und Burlesken, die mit etwas Reiz, einer Perücke, rotem Kattun und Waters gutem alten Rod zu Felde zogen, wohl gehabt haben, als sie vorgestern Abend in den Zentralballsälen auf den Brettern standen und den großen Saal überfüllt — um acht Uhr sperrte die Polizei den Zugang — vor sich sahen.

Doch schon nach dem ersten Bild war das überwunden, war der Kontakt von Publikum und Spielern so stark, daß man ohne unnötiges Lobpreisen wohl von einem guten, von einem restlosen Erfolg zu sprechen imstande ist. Aus dem Proletariat, für das Proletariat, urwüchsig, aber nicht grobschlächtig wurde der Gegner karikiert, wurde das Gegeneinander gesellschaftlicher Klassen der Gegenwart, wurde das Dampfschiff des indifferenten Landarbeiters, von der Begrenztheit des christlichen Gewerkschaftlers — um siegreich hervordringenden sozialistischen Gedanken symbolisiert, wurde dem schlafenden deutschen Wiesel durch die klassenbewußte Schauerfrau mit freundschaftlichen Rippenstößen zum Bewußtsein gebracht, daß politischer Schlaf nicht beförmlich ist, wurde halb ernst, halb heiter, innere Wahrheit und äußere Dogmatik biblischer Worte durch den ans Himmelstor pochenden Hakenkreuzler aufgezeigt. Dazwischen eine anfeuernde Rede des Genossen Ziegler und die Musik der Sozialistischen Junggardner, das immer noch mit unzerstörtem Gefühl und unzerstörter Arbeit vibrierende Gedicht Herweghs „Brot und Arbeit“. Dann die Schlüsselapotheose mit den in purpurrotes Licht getauchten „Roten Blüten“ die den Sozialistenmarsch sangen, so rundete sich der Eindruck eines heiter, doch nicht nutzlos verbrachten Abends, der durch impulsiv aus der Masse brechenden reichem Beifall quittiert wurde.

Die „Roten Blüten“ kennen keine Stars, kennen keinen namentlich zu nennenden Verfasser ihres Werkes. Ihre Arbeit ist gemeinschaftlich erdacht, gemeinschaftlich durchgeführt das Ergebnis gemeinschaftlichen Willens, daher im besten Sinne ein Beispiel sozialistischer Gemeinschaftsgefühls. Aber auch das Publikum war „bei der Sache“, ganz dem Spiel gewidmet, was wesentlich zu dem Erfolg unserer jungen Freunde beitrug, die leider einige Tage zuvor in einem unserer Botschaften einen der Würde der Arbeiterschaft wenig ansprechenden Empfang erleben mußten.

Am Vorabend im Gewerkschaftshaus.

Lange vor Beginn war der große Saal unseres Gewerkschaftshauses schon bei der Vorfeier überfüllt; immer mehr Menschen wollten noch Einlaß, als der Saal schon von der Polizei abgeperrt werden mußte. In begeisterungsvoller Rede sprach Genosse Krumm zu einem aufmerksamem Publikum, gab einen kurzen historischen Rückblick über die bisherige Kampfbewegung. Durch einen Beschluß des Internationalen Arbeiterkongresses wurde 1890, nach dem Fall des Sozialistengesetzes, erstmalig der 1. Mai in Europa gefeiert. Seit diesem Jahre blieb er der Weltfeiertag der organisierten Arbeiterschaft. Wenn auch schon 33 Jahre dahingegangen sind, so ist es noch immer notwendig, für den Kampftag, für den Volkstrieden und gegen kapitalistische Unterdrückung zu protestieren. Heute aber erheben wir mit unserer Forderungen, fordern euch auf, bis zum 20. Mai aktiv mit-

zumirken, damit wir auch auf parlamentarischem Wege unsere Ziele erreichen. Stürmischer Beifall lohnte diese Ausführungen. Im Anschluß daran wurde der Film „Die Weber“ aufgeführt, der durch seine packende Darstellung eines Stücks revolutionärer Bewegung die Zuhörer stark ergriff und begeisterte.

Der Massenaufmarsch.

Unerwartet schönes Wetter begünstigte dieses Jahr das Fest, das die Arbeiterschaft des europäischen Kulturkreises sich aus eigenem Willen als Symbol seiner Ziele und seiner Macht schuf. Noch konnte der politische Wille der Arbeiterschaft erst in wenigen Freistaaten der deutschen Republik aus dem ertrugten, jedes Jahr aufs neue erkämpften Festtag der Arbeit einen Festtag der Gesamtheit machen; noch gehört Preußen nicht zu ihnen. Aber das hindert Breslaus Arbeiterschaft nicht, den Tag festlich zu begehen, der Ausdruck des über Grenzen und Nationen reichenden Gemeinheitsgefühls proletarischen Schicksals im kapitalistischen Wirtschaftssystem, unser ureigenster Feiertag ist.

Stauend wie immer, wenn die „Ware Arbeitskraft“ des kapitalistischen Produktionsprozesses personliche Gestalt annimmt, nicht als Einzelnen, sondern als Massenwille und Massengeist die sonst geschäftlichen Eifer oder lebensunstreudiger Hast gewidmeten Straßen betritt, stand der gute Bürger am Bürgersteig. Andere saßen im Auto, ungeduldig über die Verzögerung, von sichbaren Unzufriedenheiten beherrscht auf die Freigabe der Durchfahrt wartend, als sich langsam in gewohnter Disziplin auf dem Königsplatz die Züge der Organisationen ordneten. Volle zwei Stunden dauerte es, nachdem, allen voran die

„Roten Falken“

in leuchtend blauen Kitteln mit roten Abzeichen, der Zug sich in Bewegung gesetzt hatte, bis als letzte die Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter den Platz verließen und die mit freundlichem Lächeln dienstuenden Polizeibeamten den Verkehr der Großstadt wieder in seine normalen Bahnen lenken konnten. Vorsichtig geschätzt mögen es 35- bis 40 000 Proletarierinnen und Proletarier gewesen sein, die dem Rufe ihrer Organisationen Folge leistend, das Räderwerk des Produktionsbetriebes ruhen ließen und unter Vorantritt ungezählter Musikkapellen, eines Waldes von Fahnen, durch Tafeln ihren Bezirkskreis angehend, vom Königsplatz zum Messehof marschierten, um den Herren am Richthofen-Boguslawitz zu zeigen, wie Demonstrationen aussehen, die einzelnen einen Tag Arbeitsverdienst kosten, wie Demonstrationen aussehen, bei denen das Tragen von Helzen nicht verboten werden braucht, wie Demonstrationen aussehen, die von einer neuen, zukunftsweisenden Idee getragen im grauen, arbeitsreichen Alltag des werktätigen Menschen wurzeln. Fast alle Berufsgruppen, die von der freien Gewerkschaftsbewegung erfaßt sind, waren, größtenteils in erstreulicher Geschlossenheit, angetreten. Aber auch die kleine, doch tapfere Gruppe sozialistischer Gewerbetreibende hatte sich in die Schar der Arbeit eingegliedert.

Voran waren die Rinderfreunde mit ihren blauweiß gestreiften „Roten Falken“, Arbeiter- und Gewerkschaftsjugend und die Fahnenabteilungen der Partei reichte sich der Zug in bunter Folge der

Industriegruppen;

Gemeinde- und Staatsarbeiter — unter ihnen eine sehr große Abordnung der dienstfreien Straßenbahner in Uniform —, Gärtner, Eisenbahner, der Verkehrsband, die Sänger, ein riesiger Zug der Berufsgruppen im Metallarbeiterverbande, die Kupferschmiede, die Maschinisten und Heizer, dann die Angehörigen des Abhandels, Sattler, Portefeuliers, Tapezierer, Schuhmacher, die Bauarbeiter, Dachbeder, Maler, Schornsteinfeger, Steinsetzer und, mit Schlapphut und Zylinder, zünftigen Insignien, Knotenstock und Walzbündel die Zimmerer, die Friseur, Hutarbeiter, Legearbeiter, das Graphische Kartell, die Holzarbeiter, bei denen Drechsler und Schirmmacher sich mit bunten Schirmen vor der Sonne schützten und schließlich die Laborkarbeiter, die Gasthausangestellten und die aus vier Organisationen in diesem Jahr erstmalig vereinten Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.

Bunt wie die Reihe der Berufe, war das Bild des von roten Fahnen beherrschten Massenaufmarsches, der eine erstreulich starke Beteiligung des sogenannten schwachen Geschlechts aufwies und sich langsam vom Königsplatz bis Scheinitz hinzog, wo findige Reklamekünstler geschickt die Werbetrommel für den wiederholt im Gewerkschaftshaus zur Aufführung gelangenden Film „Das Ende von St. Petersburg“ und die politische Partei der deutschen Arbeiterschaft,

Die Sozialdemokratie,

rührten.

Im Messehof.

Ein grandioses Bild boten die ungeheuren Massen in der weiten Messehalle. 2 1/2 Stunden währte der Einmarsch, und der Riesenraum wäre sicher zu klein geworden, wenn nicht ein immerwährender Abstrom von denen erfolgt wäre, die vom Karz und dem langen Stehen ermüdet, lieber in die lauhende Natur hinausgegangen wären. Die braven Arbeiterkameraden mußten ohnedies in zahlreichen Schwächeanfällen Hilfe leisten. Das Bild, wie sich die ankommenden Züge ihren Weg durch die Riesenmassen von Menschen bahnten, die die Halle bereits füllten, wäre wert gewesen, kinematographisch festgehalten zu werden, um es in allen Provinzorten vorzuführen. Dazu Musik, immer eine Kapelle nach der anderen, und rote Fahnen, die man auf die Tribüne trug, um sie von hier herabsteigen zu lassen. Dann Klang dann aus weiter Ferne der Massenschrei von Arbeiterjüngern: „Rönt den Tag“. Die Festrede hielt am Lautsprecher Genosse Krumm, aber auch er war in der Ferne nicht mehr zu vernehmen. Er führte folgendes aus:

Kampfbewegung, Kampfgewissen!

Im Zeichen der Forderungen des Tages, der internationalen Arbeiterschaft leid gedrückt. Gedrückt in der Grinnung an das früheste Entwicklungsstadium des deutschen Kapitalismus, in das der Tag fiel, an dem die Arbeiterschaft der Welt das Gebot erteilte, den 1. Mai zum Weltfeiertag der Arbeit zu machen.

Unsere Väter und Brüder nahmen damals begeistert den Gedanken auf trotz der schmerzlichen politischen Schikanen und wirtschaftlichen Schädigungen durch Aussperrungen. Von Jahr zu Jahr wuchsen die Scharen derer, die das Gebot für sich erstwillig anerkannten, weil sie ihre geworden waren der eigenen Kraft und der unüberwindlichen Macht organisatorischen

Zusammenschlusses. Mit seltener Glaubensstärke dienten sie dem Ziele der Selbstbefreiung. Mühevoll und feurig war der Weg und mancher Schritt schien umsonst getan. Den Arbeitstagen im Dienste des Kapitals gleich er, die kein Vorankommen ermöglichen. Wer in Arbeit und Iron geboren war, mußte in ihr verbleiben, unabänderlich, bis an sein elend lebensende.

Gleich wie im Einzelleben die Arbeitnehmer zu eigener Hausstandsgründung in der Regel nur darben und durch Teilzahlungen gelangten, so auch wurden der trohend ringenden Masse um mehr Recht und Anteil am Volks- und Wirtschaftsleben von den herrschenden Gewalten nur kleinste Abschlagszahlungen gegeben.

Die Enge feudalistischer Herrschaftsausflüsse schnürte freihetliche Betätigung auf das härteste ein. Die Gehegung richtete sich gegen das schaffende Volk. Klassenjustiz wurde aus diesen Gehegen hergeleitet und die letzte Fesselung war Aufgabe der Büttelpolizei.

Bevormundung auf staatsrechtlichem Gebiet war ein anderes Malerzeichen jener Zeit. Bordellwirte, die aus dem Festhalten blühender Wägenreiter Vermögen erzwangen, überwoogen mit ihrem Gelde, Golde bei Wahlen tausender ehrlicher Arbeiter- und Bürgerstimmen. Den Frauen wurde das Wahlrecht verweigert und erst durch die Sozialdemokratie im Jahre 1918 gewährt.

Wer in unerschuldeter Not einmal gezwungen gewesen war, die Fürsorge der Gemeinde in Anspruch zu nehmen, ging seines Wahlrechts verlustig. So war es bis vor kurzem! So war es, bis vor 10 Jahren die Spitzen zeitunwürdiger Systeme zerbrachen, stürzten, zerfielen.

Gutmütigkeit, Nachsicht und Siegestaumel des gequälten Volkes über den Fall von Kronen und Thronen veräuserten die reifliche Beseitigung der früheren Herrscherfamilie. Zwischen konnten die Parasiten aus Zeiten höflicher Sitten ihre Spaltarbeit betreiben, zerklüften das schaffende Volk in weltanschauliche, berufliche, ständische und andere Gruppen sonder Zahl.

In Gegensatz reihen reaktionäre Wähler Stadt und Land, trennen das schicksal- und notgebundene Volk. Kein, noch so häßliches Mittel wird verabsäumt, wenn es nur ihren Zwecken dient. Erwache, erkenne, du schaffendes Volk. Die Freiheit der Meinung wurde dir gegeben, jede auch die letzte Fessel ist zerbrochen.

Müde die Zeit. Entfalte deine Kräfte und sammle sie wiederum. Breite deine urwüchsig gesunden Geistesflügel und überflüge alles Entartete von ehedem. Zu lichteren Höhen führt der Maitenweg der Arbeit.

Die Erlösung muß von dir kommen. Von dir, du schaffendes Volk, das du alles geschaffen. So weit du schaffst und was du schaffst an Kunst und Künstlichem, an Wunderwerken des Bauens und der Maschinen, alles, alles sind deine Werke, die Werke, an denen nicht nur Schweiß und beste Lebenskraft dir unbekannter Arbeitsbrüder und Arbeitschwester, manchmal auch deren Blut hängt.

Seht euren Blick, ihr Massen all; zu lange trugt ihr den Nacken gebeugt. Wist, zu lange lieget ihr euch zu Untertanen pressen.

Zum freien Menschen und Staatsbürger seid ihr durch euch selbst geworden; fühlst euch und handelt als solche.

So stolz die saugenden Maschinen auf Schienenwegen die Lande durchbrausen, die Schiffe in Sicherheit die Meere durchschneiden, und ratternde Motoren in der Luft in wenigen Stunden die Kontinente verbinden, so stolz darfst auch du sein, du schaffendes Volk und stolzer.

Ohne Arbeit keine völkerverbindende Wirtschaft, ohne Arbeit kein zivilisiertes und kulturelles Leben.

Welchen Anteil die Arbeit an der Wirtschaft hat, davon zeugt stets der 1. Mai.

Immer zahlreicher werden die stillstehenden Maschinen. Kalt gewordene Schloten der Betriebe können die Reinheit der Atmosphäre weder verdunkeln, noch verschwärzen. Die Schreibstaben tragen sonntägliches Gesicht, und das kraft eigenen Gebots, aus eigenem Willen und Wollen.

Der Mensch strebe den Menschen an, die Menschengemeinschaften, das Ziel bedrückter Klassen seit Jahrtausenden. Nicht nur den sozialen Menschen und Staat, sondern den sozialistischen. Weit davon entfernt waren alle Epochen der bisherigen Menschheitsgeschichte. Kein Lebensalter war vor Ausbeutung geschützt. Nicht in der Mitte des vorigen Jahrhunderts durften Kinder in ihrem ersten Lebensjahrsst im Bergbau verwendet werden. Sie wurden Vätern und Müttern Konkurrenten. Nur die Rücksichten auf die Wehrfähigkeit des Volkes hatten geringe Einschränkungen zur Folge. Nur Arbeit und kurzen Schlaf kannten die Arbeitsmenschen auf dürftigem Lager. Bis auf den heutigen Tag haben sich Zustände erhalten bei unseren Arbeitsbrüder auf dem Lande. Nicht selten ist das Vieh besser untergebracht, als die Menschen.

Unentgeltlich lange Arbeitszeit war die Regel. Mühselig und erbarmungslos zog der Kapitalismus seine Bahnen. So damals, so heute! Durch Rationalisierung nach seinem System entledigt er sich immer mehr der menschlichen Arbeitskraft in rückwärtsloster Weise. Arbeiter, Wertmeister und Kaufleute im besten Alter werden oft nach jahrzehntelanger verdienstvoller Tätigkeit brotlos gemacht. Im Riesengebiet der Arbeitslosen gehen sie unter und werden nur notdürftig unterstützt. Unnützig und unproduktive Faktoren unserer Wirtschaft; selbst als Verbraucher unbedeutend, weil sie nichts zu verzehren haben.

Ich sag' es allen unverhohlen:

Wer aus dem Mund nicht soll odolen! Man nimmt dazu Odol allein!



Mund und Zähne rein!

Gewerkschaftsbewegung.

Die schlesischen Textilindustriellen kündigen

60 000 Arbeiter werden davon betroffen.

Die Mitglieder des Verbandes schlesischer Textilindustriellen haben als Antwort auf die Teilkündigungen einzelner Belegschaften beschlossen, die gesamte in Schlesien beschäftigte Textilarbeiterchaft zu kündigen. Von dieser Maßnahme werden 60 000 Arbeiter betroffen.

Die Textilindustriellen begründen ihre ablehnende Haltung zu den Lohnforderungen der Arbeiter nicht zuletzt mit der verschlechterten Geschäftslage. Das ist nicht ganz richtig. Zwar hat sich, gesehen nach den Konjunkturberichten der Auftragseingang gegenüber den Vormonaten etwas vermindert. Von einer wesentlich verschlechterten Geschäftslage kann aber nicht gesprochen werden, war doch die Textilindustrie gar nicht in der Lage, ihre Aufträge in den Vormonaten auszuführen. Es kommt hinzu, daß an die Stelle großer Aufträge eine Menge kleinerer Bestellungen getreten sind. Ein Wechsel, dem keine konjunkturelle Bedeutung beigegeben werden kann, denn die großen Aufträge der hinter uns liegenden Zeit erklären sich zum Teil aus den äußerst günstigen Rohstoffpreisen.

Die Textilindustriellen sind also sehr wohl in der Lage, den Forderungen der Arbeiter in weitgehendem Maße zu entsprechen, als sie sich bisher bereit erklärt haben. Von einer Annahme der bisherigen Zustände kann keine Rede sein.

Die angekündigte Aussperrung ist eine jener brüsten Maßnahmen mehr, die wir während der letzten Monate auch in anderen Industrien beobachten konnten.

Heute Verhandlungen im schlesischen Textilkonflikt.

Zur Beilegung des Konflikts in der schlesischen Textilindustrie finden heute in Breslau Schlichtungsverhandlungen statt. Man rechnete damit, daß es zur Fällung eines Schiedspruches kommt. Jedenfalls sind die Funktionäre des Deutschen Textilarbeiterverbandes aus den an der Bewegung beteiligten Gebieten für Donnerstag bereits zusammenberufen, um sofort zum Resultat der Verhandlungen Stellung zu nehmen.

„Mit treudeutschem Gruß.“

Das ist die hiebemännliche Grußform der gelben Vereinigungen, die sich wie z. B. die „Nationalgewerkschaft Deutscher Eisenbahner“ mit dem nationalen Mantel kleiden drapieren.

Die erwähnte gelbe Eisenbahnervereinigung hat im November 1927 bei einer Firma für Bureaubedarf für 129,76 Mark Waren bezogen, die ihr auf Wunsch ihres Vorstehenden, Eisenbahnbetriebsrat Schmalz, und des ehemaligen schlesischen Gewerkschaftsführers Schmelz auf vier Wochen kreditiert wurden.

„Außer einem ganz kleinen Betrage“ ist — wie die betreffende Firma der Öffentlichkeit mitteilt — bis heute nichts bezahlt worden. Auf Drängen der Firma bezahlten die Herren Schmalz und Schmelz nach Monaten mit Schecks auf die Mittelstands- und Kreditbank e. G. m. H., der sie als Aufsichtsratsmitglieder angehören. Diese Schecks konnten jedoch innerhalb acht Wochen mangels Deckung nicht bezahlt werden.

Wie sich herausstellte, war die „Nationale Gewerkschaft“ durch Schmalz und Schmelz bereits bei der Hergabe der Schecks der Genossenschaftsbank mit über 1000 Mark verschuldet und das Bureauinventar waren Leihobjekte. Nach fruchtloser Forderung hat die Firma am 23. März 1928 gegen Schmalz und Schmelz als Geschäftsführer dieser „Gewerkschaft“ Betrugsanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet.

Die Nationale Gewerkschaft deutscher Eisenbahner ist jetzt zum 2. Mal vor das Amtsgericht Berlin-Schöneberg zum Disziplinarverfahren geladen.

Kurzum, die „Nationale Gewerkschaft“ ist bankrott, es bleibt nur der „treudeutsche Gruß“.

Diese unentwegten und unheilbaren Angehörigen obiger Vereinigung haben sich am Sonntag in Breslau im Gesellschaftshaus „Wastislawia“ ein Stelldichein gegeben. Stolz nannte man des Gewerkschaftstag. Festlich war die Feste mit Papierkand ge schmückt. Hohe Persönlichkeiten waren geladen und sollten den Mitgliedern die guten Beziehungen ihrer Führer demonstrieren. Was übrig bleiben wird, zeigt obenstehendes aus Berlin. Hoffentlich werden die geladenen Ehrengäste die nationale Ehre retten und nicht die Schmach noch vergrößern helfen. Wie aus gemeldet, wollen die Breslauer Reichsbahnwagenarbeiter Krüger und Bernmeister Döring aus dem Ausbesserungswerk Oberort Reichstagstribunen werden.

Sie führten sich zu höherem gehören, und konnten die Leiter nicht finden. Drum suchten sie sich Dummheit aus, und brauchen dabei nicht zu schänden!

Die Lohnverhandlungen in der Rheinisch-Westfälischen Kohlenindustrie sind am 20. April in Köln in der Verhandlung über die Lohnregelung in der rheinischen Rheinisch-Westfälischen Kohlenindustrie abgebrochen worden.

Die Verhandlungen in der englischen Baumwollindustrie abgebrochen.

Beide, 1. Mal. Die in Manchester zusammengetretenen Komitees der Arbeitgeber und Arbeiter in der englischen Baumwollindustrie zur Neuregelung der Arbeitszeit und Lohnfrage ist ergebnislos abgebrochen worden. Die Arbeitgeber haben Lohnsenkungen abgelehnt.

Kommunisten liefern Deutschnationalen Wahlpropagandamaterial gegen die Sozialdemokratie.

Einige Kommunisten treten bei ihren Reden den Nationalsozialistischen Propagandisten entgegen, welche sich auf „autentisches Material“ aus den kommunistischen Zeitungen stützen, das gerade in einer deutschen Zeitung, welche in gegnerischer Weise propagandistisch agiert, wiedergegeben ist. Eine ganz frische Heft hat am Sonntag den 20. April, der Deutsche Reichstag in Berlin in einer Rede gehalten, in welcher er hat behauptet, aus der kommunistischen Gewerkschaft der Reichsbahnarbeiter heraus, er habe die Reden der gelben Reichsbahnarbeiter, unter welcher auch die schlesischen Reichsbahnarbeiter sind, und welche sich für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung, welche in der Reichsbahn-Gewerkschaft am 12. April in einer Rede gehalten wurden, als ein Beispiel für die Sozialdemokratie angeführt. Dieser Bericht bringt jedoch von einem mit Reichsbahnarbeitern zusammengetretenen Komitee, bei dem Reichsbahn-

führer in der Funktionärshaltung erklärt hat, daß man durch Anrufung des Richters infolge der schlechten Finanzlage der Stadt nichts mehr herausholen könne. Jeder einzelne Funktionär, der an der fraglichen Sitzung teilgenommen hat, weiß aber, daß die Ausführungen in ganz anderer Richtung gingen und daß diese mit ungeheurer Majorität von der Mitgliedschaft gutgeheißen wurden.

Aber die kommunistische, sogenannte „Arbeiter-Zeitung“ braucht Heilmittel gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsangehörigen und deshalb ist ihnen jedes Mittel recht, unter welchen auch zu verstehen ist, daß sie Berichte ihrer Gewerkschaftsangehörigen nach eigenem Ermessen einer „Korrektur“ in ihrem Sinne unterzieht.

Hier in diesem Falle zeigt sich erneut die Bundesbrüderschaft zwischen Deutschnationalen und Kommunisten.

Der deutschnationalen Stadtverordneten Kandidat Buchner und die kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ Arm in Arm.

Daher kann am 20. Mai jeder ehrliche Arbeiter nur den Sozialdemokraten die Stimme geben.

Reichsjugendtag des 3. d. N.

Der Zentralverband der Angestellten veranstaltet für seine Jugend Pfingsten in Frankfurt a. M. ein Reichsjugendtreffen. Der erste Appell der Reichsjugendleitung an die Jungmitgliedschaft brachte bisher die stattliche Anzahl von 2000 Meldungen.

Die Kundgebung soll aber nicht nur eine Zusammenkunft der Jugendgruppen sein, sondern alle Mitglieder, die jung sind

und sich jung fühlen, sollen an der gewaltigen Heerschau teilnehmen.

Auf diesem Reichstreffen werden außer dem Verbandsvorstand Otto Urban und Reichsjugendführer Georg Udo auch Staatsminister a. D. Karl Severing zu der verammelten freigewerkschaftlichen Kaufmannsjugend sprechen. In einer wichtigen Demonstration soll die Macht und Geschlossenheit des „Zentralverbandes der Angestellten“ Ausdruck finden.

Im Anschluß an berufliche und sportliche Wettbewerbe sind Ausflüge in Frankfurts schöne Umgebung, Wiesbaden, Homburg v. d. H. sowie Ferienfahrten nach dem Rhein, Spessart, Taunus, Schwarzwald usw. vorgesehen. Jugendliche Teilnehmer bis zum 20. Jahre erhalten bei der Bahnfahrt 50 Prozent Ermäßigung, während die über 20 Jahre alten Teilnehmer eine 25prozentige Fahrpreisermäßigung dadurch erreichen, daß Gesellschaftsfahrten für Schloffen zusammengestellt werden.

Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des 3. d. N., Gewerkschaftshaus, 2. Stod, Zimmer 119/123.

Neue Glaselöhne für Breslau.

Mit Wirkung ab 30. April d. J. einschließlich bis zum 31. Juli d. J. einschließlich haben sich die Löhne der Glaser um 5 Pf. durchweg erhöht und betragen: a) im ersten Gelellensjahr 77 Pf., b) im zweiten Gelellensjahr bis zu 21 Jahren 85 Pf., c) darüber hinaus 1,05 Mark.

Baugewerksbund, Ortsverwaltung.

Ueberwindung der Wohnungsnot.

Tagung der Reichsforschungsgesellschaft.

In Deutschland fehlen gegenwärtig ungefähr eine Million bis 1,2 Millionen Wohnungen. Wenn wir die furchtbare Wohnungsnot mit ihren einschlichen Begleiterscheinungen überwinden wollen, müssen wir pro Jahr mindestens rund 250 000 Wohnungen bauen. Trotz unserer Wohnungsmißere hatten wir bis vor kurzem noch nicht einmal eine Einrichtung in der Art des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit und des Normungsausschusses, dessen Aufgabe es ist, die Grundlage der Rationalisierung auf der Theorie und Praxis des Wohnungsbaues zu übertragen und so zu einer Verbesserung und Verbilligung auf dem Bau- und Wohnungsmarkt zu kommen. Lange Zeit bemühten sich nur einige Pioniere um diese Aufgabe, so Stadtrat May in Frankfurt a. M. und Grapius in Dessau. Erst im Jahre 1926 setzte der Reichstag den Reichstagenausschuß ein mit der Bestimmung, die höchste Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen zu ermitteln und zu verbreiten.

Aus diesem Reichstagenausschuß ist die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen e. V. hervorgegangen. Auf Grund des Gesetzes vom 2. Juni 1927 stellt das Reich dieser Reichsforschungsgesellschaft, die das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit und den Normungsausschuß ergänzt und mit diesen beiden Stellen aus Hand arbeit, zehn Millionen Mark zur Verfügung. So wurde die Grundlage für die notwendige Rationalisierung geschaffen und damit auch eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Ueberwindung der Wohnungsnot. Für die Errichtung der Reichsforschungsgesellschaft ist vor allem die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein; insbesondere wurden die Arbeiten der Gesellschaft durch die Initiative des Abgeordneten Hilferding (Soz.) sehr gefördert.

Die Reichsforschungsgesellschaft hielt nun am Dienstag ihre erste Mitgliederversammlung im ehemaligen Herrenhaus in Berlin ab. Der Vorsitzende des Instituts, Baurat Dr. Ing. Riepel, gab einen Überblick über die Arbeitsweise des Instituts. Der Schwerpunkt der wissenschaftlichen Forschung liegt in 24 Aufgaben. Diese werden in einem Sachverständigenrat zusammengefaßt. Ihm kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, als sich die Forschungsgesellschaft nicht mit der theoretischen Ausbildung von neuen Methoden begnügt, sondern diese Methode auch in Versuchsbauten und Versuchsbedingungen erprobt. Der Sachverständigenrat weißt nun die Bestimmung, wo das geschehen soll. Dieser wurden zur Durchführung von Versuchswohnungen und Übernahme von Versuchen zur Erzielung größerer Wirtschaftlichkeit der angewandten Bauweise, Baumaterialien und sonstiger Geräte 1,200 Millionen Mark bewilligt und zwar für Bauten in Frankfurt a. M., Stuttgart, München und Dessau.

Zweifellos werden wir erst das Bauen verbilligen können, wenn wir bessere Kapital- und Zinsverhältnisse haben. Das ist durchaus eine politische Frage. Der hochgeschätzte Herr gerade auf dem Baumarkt erklären sich in erster Linie dadurch, daß es der Reichsbankpräsident mit Hilfe der Reichsbank vermag, die Aufnahme von Darlehen im Auslande zu überren. Hier kann sich die Einführung der Sozialdemokratie, die das Wohnungsproblem eine hochproduktive Angelegenheit ist und die Sparte so bald als möglich zurückzuführen muß, Entlastung schaffen. Im übrigen sind die Wege zur Ueberwindung der Wohnungsnot in der Kapitalisierung und in der Anwendung der Methode vorzuziehen. Wie aus einem Vortrag, den Professor Riepel aus Breslau auf der Tagung der Reichsforschungsgesellschaft hielt, hervorgeht, ergibt sich durch Anwendung freier Kapitalisierung mit Serienherstellung eine Ermäßigung von 17 Prozent der gesamten Baukosten. Besonders höhere Erparnisse dürften durch Einführung der Mechanisierung zu machen sein.

Die deutsche Bauwirtschaftslehre ist auch durchaus in der Lage, die für die Mechanisierung im Hochbau benötigten, leicht transportablen und leicht bedienbaren Maschinen zu liefern. Dagegen liegt die Kapitalisierung und Mechanisierung nur sehr langsam auf dem Baumarkt durch. Das hat keine besonderen Gründe. Durch die Betriebsführung im Jahre 1925 wurden im Bergwerke 22936 gewerbliche Betriebe festgestellt. Davon

waren 180 505 = 79,5 Prozent ausgesprochene Kleinbetriebe. In unseren Hochbauten dürften Großunternehmungen gegenwärtig nur bis zu 2 Prozent tätig sein. Der Kleinbetrieb, der kleine Bauunternehmer, herrscht überall vor. Er ist aber konservativ und sehr begünstigt durch eine falsche Mittelstandspolitik, den Feuerzungen äußerster Widerstand entgegen. Solange sich diese Dinge nicht geändert haben, ist an eine großzügige Rationalisierung nicht zu denken.

In vielen Fällen fehlt diesen kleinen Bauunternehmern auch das Kapital, um zu rationalisieren. Es wird deshalb verständlich, wenn Professor Dr. Garboz am Dienstag die Industrialisierung des Hochbaues oder zum mindesten den Zusammenschluß der kleinen Bauunternehmungen als Notwendigkeit bezeichnet, um den Baukostenindex zu drücken. Diese notwendige Industrialisierung dürfte sich wohl zum größten Teil in Form der Genossenschaft vollziehen.

Heute Verhandlungen über die Kohlenpreiserhöhung.

Heute wird der Vorstand des Rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats in Berlin über die Kohlenpreiserhöhungen verhandeln. Wie die am Montag stattgefundene Mitgliederversammlung des Syndikats feststellte, kommt nur eine Erhöhung der Kohlenpreise in unbelrittenen Gebiet in Frage. Diese muß nach Auffassung des Syndikats mindestens 8 Mark pro Tonne betragen. Aber andererseits ist leicht die Mitgliederversammlung des Syndikats der Meinung, daß diese beispiellose Preissteigerung nicht durchzuführen ist. Deshalb hat sie den zu den Berliner Verhandlungen entsandten Delegierten bezüglich der Preiserhöhung völlig freie Hand gelassen. Man versucht alle an Preiserhöhung zu nehmen, was zu erhalten ist. Man will die Preiserhöhung auf jeden Fall.

Die Mitgliederversammlung des Syndikats beschloß auch eine Erhöhung der Umlage um 0,10 Mark auf 1,48 Mark pro Tonne verkaufte Kohle. Für die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne behauptet man, keine Mittel zu besitzen. Dagegen zeigt die Erhöhung der Umlage, daß man Geld genug hat, den Konfliktkampf gegen die englische Kohle zum Weißbluten zu führen.

Die soeben veröffentlichten Zahlen über den englischen Kohlenexport sollten die Machthaber im Syndikat mahnen, diese Quotenkampfpolitik möglichst bald zu liquidieren. Wie aus den erwähnten englischen Zahlen ersichtlich wird, ging die gesamte Ausfuhr an englischer Kohle von 4,819 Millionen Tonnen im März 1927 auf 4,11 Millionen Tonnen im März 1928 zurück. Der Import der englischen Kohle nach den meisten europäischen Ländern ist gefallen, nur die Einfuhren nach Deutschland erhöhten sich in der angegebenen Zeit von 0,369 Mill. Tonnen auf 0,375 Millionen Tonnen. Es ist anzunehmen, daß sich die englischen Zufuhren nach Deutschland weiter steigern werden und daß der Ruhrbergbau weiter Terrain verlieren wird. Der Kampf bis zum Weißbluten, der im Ruhrkohlen-Syndikat empfohlen wird, ist deshalb ein zweck- und sinnloser Kampf. Man sollte deshalb möglichst bald die Verständigung mit den Engländern suchen und durch ein deutsch-englisches Zusammenarbeiten auf den Kohlenmärkten die europäische Kohlenwirtschaft reorganisieren.

Generalversammlung der Rheinisch-Westfälischen Bergbau u. H.

Die demnächst stattfindende Generalversammlung der Rheinisch-Westfälischen Bergbau- und Hütten-Gesellschaft in Eschweiler wird sich außer der im Gründungsvertrag vorgesehenen Erhöhung des Aktienkapitals auf 86 Millionen Mark noch über die Wahlen zum Aufsichtsrat schlüssig werden müssen. Sowohl das Reich wie die preussische Regierung haben Anspruch auf je einen Vertreter im Aufsichtsrat, dessen Nominierung bisher jedoch noch nicht erfolgt ist.

So hängten die Rechtsparteien den Brotkorb höher!!

Wählt sozialdemokratisch.

Die Deutsche Volkspartei
Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands
Die Christlich-Sozialistische Arbeiterpartei
Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Die Kommunistische Partei Deutschlands
Die Arbeiterpartei Deutschlands

Raubmord auf der Aous.

Ein schwerer, in der Art seiner Ausführung einzigartiger Raubmord ist in den frühen Morgenstunden des Montags in Berlin verübt worden.

Sellenhain, der in einem der Aous-Gesellschaft gehörigen Gebäude mit seiner Frau und seinem fünfjährigen Sohn wohnte, bezog am Sonntagabend den Nachtdienstposten in dem Ausgangsgebäude des einstöckigen Hauses, dessen obere Räume von Angestellten des Aous-Cafés bewohnt werden.

Gegen 1/4 Uhr früh, als Sellenhain in dem Kontrollraum saß, erschienen zwei Männer am Fenster, von denen einer einen Selbstabreißer vor sich und einen Schuß durch die Scheibe abgab. Dann drängen die beiden in den Vorraum des Zimmers ein und schossen durch den Türrahmen mehrmals auf den Wächter.

Die einzige Tatzeugin ist die Angestellte des Aous-Cafés, Fräulein Käthe Brill, die unmittelbar über dem Mordzimmer wohnt. Sie hörte kurz vor 4 Uhr einen Schuß, eilte zum Fenster und sah zwei Männer, die eilends das Haus verließen.

Die Mordkommission ist der Auffassung, daß ein von langer Hand vorbereiteter Raubmord vorliegt. Sellenhain war selbst im Besitz einer Waffe, hatte aber keine Gelegenheit mehr zu schießen.

Industrielle Kraft drahtlos?

Berichte Marconis.

Marconi macht zurzeit mit Herz-Wellen Experimente, durch die es möglich sein soll, industrielle Kraft auf drahtlosem Wege zu übertragen.

Schwerer Zusammenstoß zwischen Feuerwehrleuten und Straßenbahn.

Am Sonntagabend gegen 9 Uhr ereignete sich in Wien ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Feuerwehrauto und einem Straßenbahnzug.

Ein schwerer Explosionsunfall.

Bei dem ein Arbeiter getötet und vier verletzt wurden, ereignete sich am Montag gegen 9 Uhr in dem Gebäude Donaustadt 83 in Berlin-Neukölln. In einem Raum der Firma Froschke & Co. die jahreslange Einrichtungsgegenstände herstellt, explodierte ein großer Gaszylinder.

Der Heiratsschwindler.

Das Schöffengericht Berlin-Weidling verurteilte dieser Tage gegen einen Heiratsschwindler, der in seiner Art ein Unikat darstellt. Ich habe lange zurückgezogen gelebt und habe jetzt nach einer Lebensgefährtin, — mit diesen Worten betete der Angeklagte, der 53jährige Friedrich Liesche, eine Werbungsschreiben ein, mit denen er sich auf Heiratsverträge von Witwen und älteren geschiedenen Frauen wendete.



Reichstagsabgeordneter Seger †.

Friedrich Seger, der die Sozialdemokratische Partei im Reichstag vertrat, ist am 29. April gestorben.

hausstrafe abgelesen hatte, war es ihm gelungen, bei der Eisenbahn unterzukommen, wo er sich jahrelang so bewährte, daß er schließlich als Beamter angestellt wurde. Seine Vorstrafe wurde aber eines Tages rühmlich, er wurde entlassen und wieder auf die Bahn des Verbrechens getrieben.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten, der während der Verhandlung einen überaus zähen Eindruck machte und zuweilen weinte, zu 2 Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Liesche nahm die Strafe an.

Ein eigenartiger Eisenbahnunfall.

bei dem wir ein Wunder niemand verletzt wurde, ereignete sich am Freitag vormittag gegen 10 Uhr zwischen dem Potsdamer Bahnhof und dem Bahnhof Yorckstraße in Berlin. Eine Vorortzuglokomotive, die jeden Morgen vom Anhalter Bahnhof nach dem Potsdamer Bahnhof fährt, um von dort einen Zug nach Jossen zu bringen, überfuhr auf der Strecke nach dem Potsdamer Bahnhof eine Weiche und geriet dadurch auf einen Nebengleis.

Ein gefährlicher Gepäddieb.

wurde vom Schöffengericht Berlin wegen eines einzigen Diebstahls zu der empfindlichen Strafe von 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Es handelt sich um den 43jährigen, aus Italien gebürtigen Albert Pohl, der bereits im Dezember v. J. wegen verurteilter Gepäddiebstahle 2 Jahre Zuchthaus abgelesen hat.

Ein großer Hellscherprozeß.

spielt sich zurzeit in der Berufungsinstanz vor der großen Strafkammer in Jüterburg ab. Angeklagt ist die Königsberger Hellscherin Frau Else Günther-Geffers, die im Mai v. J. wegen Betruges angeklagt, aber in erster Instanz freigesprochen worden war.

Die 53jährige Angeklagte ist die Tochter eines Oberpostinspektors und die Mutter dreier erwachsener Söhne. Als Kind will sie einmal in der Heimatstadt New York zu ihren Eltern ins Zimmer gestürzt sein und gerufen haben: Ein Haus steht in Flammen und Gloden läuten. Vier Tage später sei dann in Newmied der Dom abgebrannt. Nach ihrer Heirat sollen ihr einige Geschehnisse begegnet sein, die sich die Angeklagte ebenfalls nur mit ihrer eigenwilligen Begabung erklären zu können glaubt.

Von einem Hund verfaßt.

wurde in dem Dorfe Rühlestein bei Schwerin i. M. die Mitteleuropäische Wölfin. Die Frau wollte einen ihrem Nachbar gehörenden großen Hund aus dem Garten verjagen. Dabei sprang das Tier auf die Frau los und riß sie zu Boden.

Ein Militärflugzeug abgestürzt.

Bei der Eröffnung der neuen Fluglinie Prag-Mariabrod-Kassel-Rotterdam kam es zu einem tragischen Unfall. Ein Flugzeug des Prager Fliegerregiments, das die ersten Flugzeuge in Richtung Rotterdam begleitet hatte, stürzte auf dem Rückflug ab.

Blutige Diebstahlsdramen.

Auf der Straße zur Marienhöhe in Nördlingen (Bayern), unweit des Friedhofes, wurde die 27 Jahre alte Frau des Maurers Gigenbach erschossen aufgefunden. Gleichzeitig wurde bekannt, daß sich der 40jährige Oberinspektor Heilbrunner vor dem Amtsgericht in Nördlingen befindet.

In Vemberg tötete ein Leutnant auf offener Straße im Zentrum der Stadt seine Braut im Verlauf eines Streites, indem er ihr mehrere scharfe Säbelschläge über den Kopf verfehlte. Auf den Lärm hin eilten Polizei und Militär herbei.

Der Polizei in Frankfurt a. d. O. ist es gelungen, den zweiten Mittäter bei dem Mord an dem Kassenboten Essig in der Person des polnischen Schnitlers Pollat zu ermitteln. Pollat war zurzeit der Tat 29 Jahre alt und wurde, wie sein Komplize, der vor einigen Tagen verhaftet wurde, von der Polizei seit langem gesucht.

Mordauflösung nach sechs Jahren.

Der Polizei in Frankfurt a. d. O. ist es gelungen, den zweiten Mittäter bei dem Mord an dem Kassenboten Essig in der Person des polnischen Schnitlers Pollat zu ermitteln. Pollat war zurzeit der Tat 29 Jahre alt und wurde, wie sein Komplize, der vor einigen Tagen verhaftet wurde, von der Polizei seit langem gesucht.

100 000 Mark unterschlagen.

In Buzbach ist der Bankdirektor Arnold Lappe unter dem Verdacht der Unterschlagung verhaftet worden. Nach den bisherigen Feststellungen sollen sich die veruntreuten Gelder auf mehr als 100 000 Mark belaufen.

Ein böhmischer Groswesku-Prozeß.

In der südböhmischen Kreisstadt Pisek begann dieser Tage ein Sensationsprozeß, der in mehrfacher Hinsicht an den Wiener Mordprozeß gegen die Frau des Tenors Groswesku erinnert. Die Frau des Gymnasiallehrers Lepeschka hatte am 6. September 1927 ihren um 30 Jahre älteren Mann erschossen. Die Angeklagte lernte als 19jährige Anzeugschülerin ihren damals 48 Jahre alten Mann durch eine Zeitungsanzeige kennen.

Schweres Schiffsfeuer in Antwerpen.

In Antwerpen vernichtete ein Großfeuer einen Güterschuppen, in dem Stoffballen und Kakao lagerten. Der Sachschaden beträgt drei Millionen Franken.

Andauern des Torfbrandes in Holland.

Der Brand in dem Torfgebiet der holländischen Provinz Drenthe dauert unvermindert an. Bis Sonnabend war ein Gebiet von 40 Hektar mit großen Torfporitäten ausgebrannt.

Erderschütterungen in Peru.

In Lima in Peru haben sich in den Abendstunden des Sonnabend Erderschütterungen ereignet, die ungefähr zwanzig Sekunden andauerten. Das Beben war von einem tosenden Donner begleitet und wiederholte sich nach einer halben Stunde für weitere fünf Sekunden.

Doppel-Selbstmord auf der Bühne.

Im großen Moskauer Theater in Moskau stürzten sich am Schluß der Vorstellung des Balletts „Der rote Mond“ zwei 20jährige Künstlerinnen in selbstmörderischer Absicht von einem 22 Meter hohen Gerüst auf die Bühne; sie waren auf der Stelle tot.

Einen neuen Luftstrecke.

hat der Flieger Mac Jntosh von der Imperial Airways-Gesellschaft aufgestellt. Er flog mit einem Fokker-Trippler-Flugzeug die 600 Meilen betragende Strecke von Berlin nach London ohne Zwischenlandung in 4 1/2 Stunden.

Hungernot im bulgarischen Erdbebengebiet.

Die Internationale Vereinigung für Kinderhilfe in Genf hat aus Philippopol ein Telegramm erhalten, daß 120 000 Personen, darunter 80 000 Kinder ohne jede Nahrung seien. 60 000 Familien müßten unter kümmernden Bedingungen im Freien kampieren.

Der tödliche Diskus.

Ein eigenartiges Unglück ereignete sich auf einem Sportplatz in Stockholm. Während einer Übung in Diskuswerfen entglitt einem Sportler der Diskus, der in schräger Richtung davonflog. In diesem Augenblick lag ein 10jähriger Knabe, der mit mehreren Altersgenossen in der Nähe auf dem Platz spielte und wurde von dem Diskus am Kopf getroffen. Das Kind war sofort tot.

Das tödliche Radium.

Vor dem Gerichtshof in Newark begann nach Berichten aus New York ein Prozeß gegen die amerikanische Radiumgesellschaft. Die Gesellschaft wird angeklagt, durch die fünf Arbeiterinnen gegebenen Anweisungen deren Tod verursacht zu haben. Die Arbeiterinnen waren einige Jahre vor der Radium-Gesellschaft mit der Bemalung von keramischen Uhrenziffernblättern beschäftigt. Im Verlaufe ihrer Tätigkeit haben sie der Anklage zufolge Anweisungen erhalten, ihre Hände mit Speichel und Urin anzufeuchten. Auf Grund einer Reihe von Röntgenphotographien der Arbeiterinnen, die die Wirkung von radioaktiven Substanzen deutlich zeigen, behauptet die Anklage, daß alle fünf eines qualvollen Todes gestorben sind, wofür die Gesellschaft voll verantwortlich zu machen sei.

